

## Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

25. Sitzung vom 16. März 2009 • von 18.00 bis 21.40 Uhr • Casino Wohlen

---

**Vorsitz:** Konrad Gfeller, Präsident

**Protokollführung:** Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz:** **Einwohnerrat**  
38 Mitglieder des Einwohnerrates  
Absolutes Mehr: 20  
Zweidrittelsmehr: 26

**Gemeinderat**

Walter Dubler, Gemeindeammann  
Harold Külling, Vizeammann  
Paul Huwiler, Gemeinderat  
Matthias Jauslin, Gemeinderat  
Christian Müller, Gemeinderat  
Toni Schürmann, Gemeinderat  
Doris Becker, Gemeinderätin

**Weitere Anwesende**

Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege  
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz  
Ernesto Hitz, Leiter Schulverwaltung  
Dr. oec. HSG Jean-Claude Kleiner, OBT AG, St. Gallen  
Mag. oec. HSG Jean-Pierre Suter, OBT AG, St. Gallen

**Entschuldigungen**

Walter Pantano, SP  
Peter Wiederkehr, SVP

## Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 11125 betr. Initiative betreffend "Jetzt esch d'Badi dra!" / Beschlussfassung über Zustandekommen
3. Kenntnisnahme 11129 betr. Jahresbericht 2007/2008 der Schule Wohlen
4. Bericht 11143 zum Postulat 11076 betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene
5. Bericht und Antrag 11144 betr. Einführung des Teilamts für das Gemeindeammannamt per 01.01.2010 (Motion 11105 in Verbindung mit Motion 11104)
6. Anfrage 11107 betr. Projektierungskredit Rebberg
7. Anfrage 11108 betr. Petition Südumfahrung
8. Anfrage 11113 betr. Fehlendes Legislaturprogramm 2006 – 2009 (3. Anfrage)
9. Anfrage 11116 betr. Behördenpropaganda des Gemeinderates
10. Anfrage 11118 betr. Vorgezogene Einführung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision – Auswirkungen auf die Gemeinde Wohlen

Gfeller Konrad, Präsident: Begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

187      0.011.5      Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen  
Eingänge und Mitteilungen

---

Gfeller Konrad, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 19.01.2009 zu verzeichnen:

- Bericht zum Postulat 10146 betr. „Leistungen gegen Belastungen – mehr Nutzen aus der NEAT“
- Bericht und Antrag 11141 betr. Kreditbegehren von Fr. 131'000 für die Anschaffung und Installation von einer Audio-Beamer-Anlage im Casino Wohlen
- Bericht 11142 betr. Postulat 11055 betr. Prüfung Einführung Schulsozialamt
- Bericht und Antrag 11143 betr. Bericht zum Postulat 11076 betreffend Analyse Verwaltungsabläufe inkl. Führungsebene (traktandiert)
- Bericht und Antrag 11144 betr. Einführung des Teilamtes für den Gemeindeammann per 01.01.2010 (traktandiert)
- Bericht und Antrag 11145 betr. Stellenausbau bei der Einwohnerkontrolle
- Einladung zur Informationsveranstaltung Verwaltungsanalyse vom 09.03.2009
- Einladung zur 25. Einwohnerratssitzung (mit Korrigenda)
- Einwohnerratsprotokoll der Sitzungen Oktober/November 2008 und Januar 2009
- Leitbildprospekt

- Antwort zur Anfrage 11116 betr. Behördenpropaganda des Gemeinderates (traktandiert)
- Antwort zur Anfrage 11118 betr. vorgezogene Einführung der dritten Etappe der Steuerrevision, Auswirkung auf die Gemeinde Wohlen (traktandiert)
- Motion 11122 betr. Sistierung der Strassenausbauprojekte bis zum Vorliegen eines Gesamtkonzeptes sowie Reduktion des Unterhaltes auf das absolut Notwendige
- Bericht und Antrag 11125 betr. Initiative jetz esch d'Badi dra/Beschlussfassung über Zustandekommen (traktandiert)
- Kenntnisnahme 11129 betr. Jahresbericht 2007/2008 der Schule Wohlen (traktandiert)
- Dringliches Postulat 11146 betr. „Etablierung einer zukunftsgerechten Kultur der Langfristplanung der Gemeinde Wohlen

Der Präsident verliest die Rücktrittsschreiben von Alain Thiébaud, GLP, und Peter Wiederkehr, SVP, und verdankt die geleistete Ratsarbeit.

#### Mitteilungen:

Am Wochenende vom 8. März 2009 sind in unserem Kanton Grossratswahlen abgehalten worden. Im Namen des Rates gratuliere ich den Wiedergewählten und der neuen Grossrätin. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, Genugtuung und Freude als Grossrätin und Grossrat und dass sie Wohlen ehrenvoll in Aarau vertreten werden.

**Dringliches Postulat 11146 betr. Etablierung einer zukunftsgerichteten Kultur der Langfristplanung für die Gemeinde Wohlen****Diskussion zur Dringlichkeit**

Benz Guido, CVP: Die Finanzkommission hat in Zusammenarbeit mit allen Fraktionspräsidenten ein Dringliches Postulat mit dem Titel „Etablierung einer zukunftsgerichteten Kultur der Langfristplanung für die Gemeinde Wohlen“ erarbeitet. „Kultur“ heisst, dass Arbeit an und mit langfristigen Planungen im Gemeinderat zu einer Priorität und Selbstverständlichkeit wird, was heute nicht der Fall ist. Sehr krass kommt dies darin zum Ausdruck, mit welcher Non-Chalance der Gemeinderat während mehr als drei Jahren die Erstellung eines Legislaturprogrammes verweigert hat. Zum Inhalt des Postulates möchte ich im Moment nur sagen, dass dieses nur Themen beinhaltet, die in den vergangenen zwei Jahren in allen FIKO-Berichten und in all meinen Voten immer wieder zur Sprache gebracht wurden. Es ist absolut nichts Neues. Nun zur Dringlichkeit

1. Die Dringlichkeit ist sachlich gegeben: Nur wenn der Gemeinderat langfristig denkt und die dazu notwendigen Grundlagen vorhanden sind, kann Wohlen seine Finanzprobleme lösen und seine Zukunft positiv gestalten.

2. Die Dringlichkeit ist zeitlich gegeben: Der Gemeinderat ist zurzeit mit der Rechnungslegung 2008 sowie mit der Vorbereitung der Planungen beschäftigt. Am 8. April 2009 behandelt er die Zielsetzungen für den Voranschlag 2010 und den Finanzplan 2009-2013. Dies muss im Wissen um die Haltung des Einwohnerrates in Sachen Planung geschehen. Eine Behandlung im April oder Mai ist zu spät und bietet Raum für weitere Ausflüchte.

3. Die Dringlichkeit ist aber auch für die Finanzkommission und nicht zuletzt für mich als deren Präsidenten sehr wichtig: Wir haben in den letzten zwei Jahren einen sehr grossen Einsatz geleistet, einen überdurchschnittlichen Aufwand betrieben. In Zukunft lässt sich das nur rechtfertigen, wenn der Einwohnerrat uns unterstützt, heute unterstützt.

Und noch eine persönliche Bemerkung zur Dringlichkeit. Auch ich habe zur Dringlichkeit eine eher reservierte Haltung. Wie kam es nun zu dieser Dringlichkeit?

Jawohl, das Postulat hätte früher eingereicht werden können und müssen. Ich habe mir nach der Behandlung des Finanzplanes im Einwohnerrat im letzten November überlegt, wie der Gemeinderat dazu gebracht werden könnte, aussagefähige Langfristplanungen zu erstellen bzw. voranzutreiben. Auch diese Postulat-Idee habe ich mir überlegt. Ich habe mir aber auch überlegt: Kann ich diesen Zusatzaufwand noch verkraften? Am 7. Februar 2009, meinem Abreisetag in die Winterferien, hat es mich dann doch gepackt: Es bereitet mir Mühe, etwas, das ich als notwendig erachte, einfach so fahren lassen: Ich verschob meine Abreise auf den Nachmittag, setzte mich ans Pult und formulierte meine Überlegungen und Vorschläge zuhanden der Fraktionspräsidenten, das war der Start. Abgeschlossen wurde der Prozess mit den Fraktionspräsidenten am 4. März 2009.

Ich hoffe, ich habe noch einige Sekunden, denn ich möchte diese Gedanken noch weitergeben:

1. Die Etablierung eines durchdachten langfristigen Planungssystems braucht Zeit und Erfahrung. Ich habe in meinen früheren Voten 3-5 Jahre genannt. Aber, man muss noch einmal beginnen.

2. Welche Reaktionsmöglichkeiten gibt es, wenn der Gemeinderat die Themen nicht aufnimmt. Wie im Falle des dringlichen Postulates 11063 der Finanzkommission vom 16. August 2007, zu dem der Gemeinderat auch nach 19 Monaten keinen Bericht abgegeben hat? Ich sehe im Moment zwei Möglichkeiten: Zurückweisung von Rechnung, Voranschlag oder Finanzplan zur Überarbeitung, Konfrontation der Gemeinderatskandidaten im Herbst mit den Themen des Postulates, damit alle Wähler wissen, was diesbezüglich vom Kandidaten erwartet bzw. nicht erwartet werden kann.

Ich bitte den Einwohnerrat um Zustimmung zur Dringlichkeit, im Sinne der Sache, aber auch im Sinne einer Unterstützung meiner Arbeit und der Arbeit der Finanzkommission. Ich bitte auch jene Einwohnerräte, die gegenüber einer Dringlichkeit eher skeptisch sind, ihre Haltung nochmals zu überdenken.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hatte den Vorstoss heute, 15.30 Uhr, als wir Sitzung hatten, auf dem Tisch und nicht vorher. Im Geschäftsreglement des Einwohnerrates, Paragraf 44, ist betreffend Dringlichkeitserklärung festgehalten: Wer einen Antrag auf Dringlichkeitserklärung stellen will, muss den Gemeinderat vorher rechtzeitig orientieren, sodass dieser in der Lage ist, wenigstens eine summarische Stellungnahme abzugeben. Unsere Stellungnahme lautet dahingehend, dass die Zeit zu kurz war. Der Gemeinderat bittet Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Würden Sie dieser zustimmen, würden wir auch den Vorstoss ablehnen. Wenn Sie nicht für die Dringlichkeit stimmen, werden wir uns auf einen möglichen nächsten Termin eine Meinung bilden. Es besteht kein Grund zur Hektik. Wir bitten Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Benz Guido, CVP: Ich will noch etwas dazu sagen betreffend dem Eingang an den Gemeinderat. Ich habe am Freitagmorgen um 08.00 Uhr die Dringlichkeit zur Bürositzung überbracht. Ich bin aber fair, ich habe den Gemeinderat noch nie überrascht mit irgendwelchen Berichten. Er war immer vorher im Besitz der Unterlagen und ich habe den Gemeinderat heute vor einer Woche mit dem Text bedient. Er hat ihn bekommen und gesagt, sie seien an dieser Arbeit. Ich finde diese Reaktion nicht ganz fair. Danke.

Geissmann Armin, FDP: Dringlichkeit ist ja gut und recht. Die FDP Wohlen findet die Dringlichkeit nicht nötig. Wir haben eine 5-Jahresplanung, wir wissen aber nicht, wie die Finanzen sind in zwei Jahren. Da ist eine 5-Jahresplanung schnell erledigt. Deshalb ist die FDP-Fraktion dagegen.

Keller Anna, Grüne: Wir sind zwar inhaltlich für das Postulat, aber auch nicht für die Dringlichkeit. Wir haben heute zahlreiche wichtige Sachen zu diskutieren und sind der Meinung, es sei etwas Langfristiges, welches noch 1-1 ½ Monate warten kann.

Stäger Urs, SVP: Wir sind sehr wohl für die Dringlichkeit. Grundsätzlich steht nichts Neues in diesem Dringlichen Postulat. Aber nun ist es an der Zeit, dies umzusetzen. Bis jetzt hatte man immer irgendwelche Ausflüchte.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Fraktion EVP/Freis Wohle ist für die Dringlichkeit. Was im Postulat steht, wissen wir alle, das haben wir schon mehrmals gehört von der Finanzkommission. Nun ist es wirklich an der Zeit, dass wir diese Langfristplanung angehen.

## **Abstimmung**

Der Dringlichkeit wird mit 27 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Gfeller Konrad, Präsident: Die Initiative ist noch vor Inkrafttreten der Revision des Gesetzes über die politischen Rechte eingereicht worden. Deshalb sind wir nochmals angehalten, über das Zustandekommen zu bestimmen. Die GPK äussert sich dazu nicht.

### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*1. Die Initiative betreffend „Jetzt esch d’Badi dra!“ sei mit 1’090 gültigen und 105 ungültigen Unterschriften als zustandegekommen zu erklären.*

*2. Der Gemeinderat sei zu beauftragen, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zum Initiativbegehren zu unterbreiten.*

wird einstimmig zugestimmt.

---

Keller Anna, GPK: Wie jedes Jahr ist ein umfangreiches Heft mit vielen Details aus dem Schuljahr und zur Schulorganisation zustande gekommen.

In der GPK gab es einige Fragen und die Antworten dazu:

**Integrative Schule:**

Dazu haben wir in diesen Tagen eine Einladung zur Podiumsveranstaltung vom Mittwoch, 25. März erhalten. Geplant für das nächste Schuljahr ist die Aufhebung der Kleinklassen und Integrierung dieser Kinder in die Regelklassen. Dort werden sie zusätzlich von schulischen HeilpädagogInnen betreut. Kinder mit grösseren Problemen erhalten individuelle Lernziele. Das führt zu mehr Absprachen unter den Lehrpersonen, ist aber nach Aussage der Schulpflege eine finanziell günstige Lösung, weil HeilpädagogInnen vom Kanton bezahlt werden. Einschulungsklassen bleiben bestehen.

Seite 16 wird darauf hingewiesen, dass die vermehrte Teamarbeit und die Einführung neuer Lehrmethoden auch einige Lehrpersonen verunsichert. Antwort: Stimmt, die Berufszufriedenheit der Lehrerschaft ist in unserem Kanton tief, die Schulpflege sieht die Probleme. Sie kämpft auch gegen die Überlastung der Lehrerschaft, welche durch administrative Aufgaben entstehen. Es gibt aber auch junge LehrerInnen, die sehr engagiert sind, ihren Job gut machen und zum Teil auch Ältere wieder begeistern können.

**Kontakt zwischen Eltern und Schule:**

Aus Sicht der Schule lässt aber das Interesse am Schulbetrieb und teilweise an der Entwicklung der Kinder eher zu wünschen übrig. Eltern empfinden es als gut (schriftliche Infos, Besuchsmöglichkeiten, Gespräche mit Lehrpersonen und Schulleitungen). Ein Vorschlag der GPK war, der Bildung von Elternräten entgegenzuwirken, wie es an der Bezirksschule seit 7 Jahren bereits der Fall ist. Antwort: Es müssen neue Formen von Zusammenarbeit und die Einbindung der Eltern gesucht werden. Das Haldenschulhaus leistet Pionierarbeit bei der Einschulung und lädt speziell zu einem Elternabend für Fremdsprachige ein, um die Eltern über unser Schulsystem zu informieren. Das führt klar zu mehr und soll eine Unterstützung für die Kinder sein. Eine Ausdehnung auf die anderen Schulzentren wird geprüft. Bei der hohen Anzahl Fremdsprachiger in Wohlen ist dies wichtig. Es wird aber auch erwartet, dass die Eltern unsere Sprache lernen und sich integrieren.

**Informatik:**

Die neue Hard- und Software ist mittlerweile installiert. Ist es so, dass in allen Schulzimmern die Informatikgeräte den ganzen Tag laufen, auch bei Nichtgebrauch? Das verbraucht doch eine Menge Energie? Antwort: Bei der Einführung und Einregulierung der Informatik kam es vor, dass alle Geräte in Betrieb sein mussten. Das ist nun abgeschlossen und man achtet eigentlich auf Sparsamkeit. Andererseits sollten die Informatikmittel tagsüber zur Verfügung stehen und das wiederholte Aufstarten nimmt viel Zeit in Anspruch.

**Schulsozialarbeit:**

Hat die Schulpflege Kontakt mit Gemeinden, die die Schulsozialarbeit eingeführt haben? Wie sind die Erfahrungen? Antwort: Die Erfahrungen sind überall positiv. Wohlen wird jedoch mitleidig belächelt, weil keine Schulsozialarbeit besteht.

Ein Highlight dagegen war im letzten Schuljahr das stufenübergreifende Projekt, von dem auf Seite 42 berichtet wird. Alle Schülerinnen und Schüler des 6. Schuljahres nahmen daran

teil. Das Ziel war, Vorurteile gegenüber anderen Schulstufen und Zentren abzubauen. Tolle Sache, gut fürs Klima in der Schule, gut für die Kinder, gut fürs Lernen.

Information:

Die Schulpflege wird auch dieses Jahr gegen Herbst eine Veranstaltung für die Einwohner:innen machen, um Fragen zu beantworten und Informationen zu geben.

Die GPK hat vom Jahresbericht 2007/2008 der Schule Wohlen Kenntnis genommen und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Auch wir vom Gemeinderat möchten der Schule für den Schulbericht danken. Er ist wie immer sehr informativ und ausführlich.

Manimanakis Corinne, SP: Im Namen der SP und Grüne möchte ich mich herzlich für den immer wieder interessanten Jahresbericht der Schule Wohlen bedanken.

Wie jedes Jahr ist er sehr ausführlich, informiert über das Geschehen in den verschiedenen Schulzentren, über die engagierten Lehrer, Jubilaren, Abgänge und Pensionierungen, über abgehaltene Schulreisen, Klassenlager und vielen anderen Aktivitäten, die im Schulwesen stattfinden.

Info über HPS bis hin zur Schulreform, Finanzen, Qualität, Werte und Disziplin! Unter Werte und Disziplin wird dann auch explizit erwähnt (S. 15): „Zur Entlastung von Lehrpersonen als auch Eltern wird daher auch die Schule Wohlen kurz- bis mittelfristig nicht mehr ohne Schulsozialarbeit auskommen.“

Und auch auf S.14 wird unter „Planung“, sich in Arbeit befindende Projekte, die Umsetzung der Schulsozialarbeit an der Schule Wohlen erwähnt. Dies muss ich einfach aus aktuellem Anlass nochmals hervorheben.

Des Weiteren hat unsere Fraktion noch eine Anregung an die Schulpflege und Schulleitung:

Wir würden es sehr begrüßen, wenn nicht nur an der Primarschule Halde ein Elternabend für fremdsprachige Eltern stattfinden würde. Wir finden diese Art von Informationsfluss überaus konstruktiv und hilfreich, so dass wir es sehr begrüßen würden, wenn diese Veranstaltung auch in den Schulanlagen Bünzmatt und Junkholz eingeführt und durchgeführt würden.

Wir wohnen nun mal an einem Ort, in dem der Anteil anderer Kulturen und Sprachen sehr breit vertreten ist. Wir sind deshalb der Meinung dass sich dieser Aufwand lohnen und auszahlen würde zur Integration der Migranten, da die bevorstehende Schulzeit doch über einige Jahre hinweg dauert.

Wir hoffen, unsere Anliegen finden Anklang und bedanken uns vielmals bei all den Personen, die dazu beitragen, dass die Schule Wohlen das ist, was sie ist! Nämlich ein gut geführter Betrieb.

Hübscher Bertha EVP: Unsere Fraktion hat vom Schulbericht Kenntnis genommen. Auch wenn man keine schulpflichtigen Kinder mehr hat, ist dieser Bericht immer wieder interessant zu lesen. Ein Kompliment und Dank an die Verfasser. Wohlen hat eine gut organisierte und funktionierende Schule. Das bestätigt auch die vom Kanton durchgeführte Evaluation. Erfreulich ist auch, dass trotz Lehrermangel alle Stellen für das Schuljahr 2008/2009 besetzt werden konnten. Mit den Finanzen geht die Schule sorgfältig um. Besten Dank. Wün-

schenswert wäre aber ein grösseres Interesse der Eltern für die Schule. Dies hat sich leider nicht verbessert. Es zeigt sich auch, dass die Einführung der Schulsozialarbeit wirklich notwendig ist. Freis Wohle/EVP dankt der Lehrerschaft, der Schulleitung und der Schulpflege für das grosse Engagement und die gute Arbeit.

Geissmann Armin, FDP: Man hat im diesjährigen Bericht, welcher sehr übersichtlich ist und deutliche Verbesserungen und Anmerkungen aufweist, eine positive Veränderung in der Schulpflege und Schulleitung wahrgenommen.

Die Schulpflege ist mit der Informationspolitik sehr fortschrittlich. Wir sind gespannt, welche Entwicklungen uns die Schulpflege an der nächsten Informationsveranstaltung vorstellen wird.

Es gab Vorkommnisse in Deutschland und Amerika. Die Schulleitung ist anwesend und ich möchte wissen, ob Vorsorgemassnahmen getroffen worden sind. Ich bitte um eine Antwort.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich möchte das Wort der Schulleitung weitergeben. Wir haben vorher darüber diskutiert und sie ist auf diese Frage vorbereitet.

Corsiglia Franco, Schulpflegepräsident: Seit ein paar Jahren haben wir an der Schule ein Krisenmanagement. Ein Reglement, welches die Massnahmen im Krisenfall regelt. Es ist genau vorgeschrieben, wo sich der Krisenstab befindet, wer integriert ist und wer beigezogen werden muss. Von den Sicherheitsmassnahmen her ist das Notwendige vorhanden und in einem Notfall kann sofort reagiert werden.

Brunner Franz, CVP: Wir nehmen den umfangreichen Jahresbericht 2007 / 2008 der Schule Wohlen zur Kenntnis.

Unter anderem konnte erfreulicherweise gelesen werden, dass mit der neu installierten Informatik ein moderner Unterricht gewährleistet werden kann und in den Klassen die ersten Erfahrungen gesammelt wurden.

Wir danken der Lehrerschaft, der Schulleitung und der Schulpflege für ihr grosses Engagement.

Spörri Marlis, SVP: Die Fraktion SVP-Wohlen-Anglikon nimmt den Schulbericht 2007/2008 zur Kenntnis und dankt allen, die einen Beitrag für eine gute Schule geleistet haben. Besonders danken möchten wir den Lehrkräften, denn wir wissen, wie wichtig ihre Arbeit in unserer heutigen Gesellschaft ist.

Im Vorwort schreibt der Schulpflegepräsident, dass die Schule nach wie vor, längerfristig betrachtet, daran interessiert sei, über ein echtes Globalbudget mit Leistungsauftrag verfügen zu können. Entsprechende Überlegungen seien seit Längerem gemacht. Wir hoffen, dass wir an der Informationsveranstaltung der Schulpflege im Herbst diesbezüglich positiv überrascht werden.

Beunruhigend seien auch die Einweisungen in Sonderschulen und Heime. Oder der Übertritt in eine Privatschule, weil für diese Schüler die Betreuung weder in Einschulungs- noch in Kleinklassen ausreiche oder für die Regelschule nicht mehr tragbar wären. Wenn die so genannte integrative Schule eingeführt wird, stellt sich die Frage, ob es nicht noch mehr solche Heim-Einweisungen geben würde? Denn bisher waren es die Kleinklassen, die solche Kinder aufgefangen haben.

Es handle sich vor allem um Kinder, die eine grosse Lücke im Bereich Sozialkompetenz aufweisen. Das Interesse der Schule und der Entwicklung der Kinder lasse zu wünschen übrig. Hier zeigt sich einmal mehr, wie wichtig ein intaktes Elternhaus ist! Es fehlt den Jugendlichen an Orientierungshilfen und Wertvermittlungen. Deshalb möchten wir alle Eltern ermuntern, ihre Kinder zu unterstützen und sich mehr für die Schule zu interessieren. Öftere Schulbesuche und das Gespräch mit den Lehrern suchen, wären hier sehr hilfreich.

Ende dieses Monats findet eine Podiumsveranstaltung über das Thema „Integrative Schulung (IS)“ statt. Vielleicht erfahren wir dort mehr über diesen Systemwechsel und dessen Vor- und Nachteile.

Benz Guido, CVP: Ich habe eine kurze Bemerkung zum Globalbudget, da ich mich sowohl in der Finanzkommission als auch in der Schulpflege damit befasst habe. Ich bin ganz klar der Meinung, dass die Schule dies will, aber der Ball liegt nun beim Einwohner- und Gemeinderat. Man darf nicht auf die Schule warten. Der Gemeinde- und/oder Einwohnerrat muss das Signal geben.

**Der Einwohnerrat nimmt den Schulbericht 2007/2008 zur Kenntnis und dankt der Schulleitung, allen Lehrpersonen und allen, die sich für unser Schulwesen einsetzen.**

---

Perroud Arsène, GPK: Der Einwohnerrat hat den Gemeinderat per Postulat beauftragt, die Abläufe auf der Gemeindeverwaltung zu analysieren. Die Firma OBT hat sich dem Auftrag angenommen. Der Bericht liegt nun vor und der Einwohnerrat war letzten Montag zur ausführlichen Präsentation der Ergebnisse eingeladen. Da ein sehr grosser Teil des Einwohnerrats dabei anwesend und die Presseberichterstattung ausführlich war, beschränke ich mich auf die zentralen Punkte.

Der Bericht stellt der Verwaltung ein sehr gutes Zeugnis aus. Die Arbeit wird in der Regel von den Fachpersonen zur grossen Zufriedenheit aller erledigt. Im Vergleich zu anderen Gemeinden hat Wohlen eine schlanke Verwaltung. Einzelne Abteilungen geniessen weitherum einen sehr guten Ruf. Das Arbeitsklima in den einzelnen Abteilungen und die Personalbetreuung vor Ort sind ebenfalls gut. Die Auftragslast und die Entlohnung beurteilen die Angestellten als gut.

Negative Punkte werden bei der mangelnden räumlichen Infrastruktur geortet. So ist bspw. die Diskretion bei persönlichen Gesprächen in diversen Abteilungen nicht gewährleistet, was nicht sehr kundenfreundlich ist. Auch verfügen einige Abteilungen über zu wenig Arbeitsfläche und Ablagemöglichkeiten, die ein rationelles Arbeiten sicherstellen würden. Es ist der GPK ein Anliegen, dass der Gemeinderat diese Punkte rasch bearbeitet.

Ebenfalls wird die Trennung zwischen der operativen und strategischen Ebene als verbesserungswürdig beurteilt. Die gemeinderätliche Führung reicht in gewissen Bereichen bis tief in die Verwaltung.

Nicht zu unterschätzen sind die Auswirkungen des Spardrucks auf die Angestellten. Aber am meisten müsste uns zu denken geben, dass das politische Klima einen derart grossen negativen Einfluss auf die Verwaltung nimmt.

Dringender Handlungsbedarf besteht bei der personellen Unterdotierung und den räumlichen Bedingungen der Repol. Räumlich wurde in der Zwischenzeit bereits Abhilfe verschafft. Zudem werden auf diversen Abteilungen sehr knappe Stellenetats erfasst. Zentraler Kritikpunkt ist aber die fehlende Personalfachstelle. Bis heute werden diese Leistungen auf jeder Abteilung einzeln erbracht.

Die Firma OBT schlägt einen ganzen Katalog von verschiedenen Massnahmen vor. In der Kurzfassung auf Seite 31 werden die wichtigsten aufgelistet. Zuerst rangiert auch hier die Personalfachstelle.

Ebenfalls wird ein neues Organigramm gezeichnet, welches denkbar wäre.

#### Die Kritik der GPK

1. Die GPK ist der Meinung, dass es ein grober Verfahrensfehler war, den Gemeinderat diesen Auftrag durchführen zu lassen. Es ist falsch, wenn der Auftrag für eine Analyse von einem zu analysierenden Element begleitet wird. Damit ist der Gesamtgemeinderat gemeint, nicht nur der Gemeindeammann. Hier hätte der Einwohnerrat die Federführung behalten müssen.
2. Die Führungsebene, also das Zusammenspiel von Gemeinderat und AbteilungsleiterInnen oder die strategische und operative Ebene wurde nur knapp resp. gar

nicht beleuchtet. Dies wäre im Auftrag des Postulats und auch im Auftrag an die Firma OBT enthalten gewesen.

3. Der GPK fehlt die politische Würdigung der vorgeschlagenen Massnahmen durch den Gemeinderat. Es gibt keine Priorisierungen und Schwerpunkte.
4. Der Bericht erscheint der GPK etwas mager und oberflächlich. Die aus unserer Sicht relevanten Fragestellungen werden nicht vertieft.
5. Die Lohnstrukturen wurden nicht betrachtet und analysiert. Erst im Nachhinein wurde ein entsprechender Bericht geliefert. Dessen Prüfung durch die GPK und die Fraktionen steht noch aus, falls er überhaupt schon vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Vor rund vier Jahren wurde das Personalreglement zwar überarbeitet, wird aber im Bericht nicht erwähnt.

Die GPK ist also mit einigen Punkten nicht zufrieden. Die fehlende Analyse der Lohnstrukturen zwingt die GPK den Bericht zurückzuweisen und das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Die GPK stellt dem Einwohnerrat einstimmig folgenden Rückweisungsantrag:

*Der Bericht zum Postulat 11076 betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene sei an den Gemeinderat zurückzuweisen zwecks Vervollständigung bezüglich Analyse der Lohnstrukturen. Erwünscht sind auch eine Würdigung des Berichtes und den unterbreiteten Vorschläge sowie das Aufzeigen der geplanten Massnahmen und Prioritäten.*

Ich bitte Euch, dem Antrag der GPK zu folgen.

## Diskussion zum Rückweisungsantrag

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat legt seine Position in sechs Punkten dar:

### 1) Ausgangslage

Am 3. Dezember 2007 reichte die FDP die Motion 11076 betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene ein. Diese beinhaltete folgenden Auftrag:

*„Der Gemeinderat wird beauftragt, mit einem externen Organisationsberater die Verwaltungsabläufe inklusive der Führungsebene und den Lohnstrukturen zu analysieren und dem Einwohnerrat bis spätestens Februar 2009 einen Bericht vorzulegen, aus welchem **nötige Massnahmen und Folgen abgeleitet werden können.**“*

Auslöser dieses Vorstosses war der Abgang von Bauverwalter Werner Ryter, welcher nur kurz in Wohlen wirkte. In der Begründung schrieb die FDP u.a. folgendes: *„Das Faktum, dass wir einen externen Organisationsberater beauftragen, gibt uns die Gewissheit, dass der Sachverhalt professionell analysiert und evaluiert wird.“*

Am 17. März 2008 wurde der Vorstoss im Einwohnerrat behandelt. Der Gemeinderat hielt dazu u.a. folgendes fest:

*„Vor kurzem hat der Gemeinderat eine Analyse der Bauverwaltung erstellen lassen, um deren Organisationsstruktur, Abläufe und Personaldotation zu überprüfen. Dies, nachdem jahrelang über Arbeitsüberlastung geklagt wurde und der neu gewählte Bauverwalter seine Stelle schon*

*nach wenigen Monaten wieder verliess. Die Analyse hat gezeigt, dass gewisse organisatorische Massnahmen, wie Kompetenzregelungen, Stellenbeschreibungen, Stellvertretungen, Zuständigkeiten à-jour gebracht werden müssen. Wir sind daran, diese Erkenntnisse umzusetzen.*

*Bei den anderen Abteilungen erkennt der Gemeinderat keinen Handlungsbedarf. Er konnte sich davon überzeugen, dass diese Abteilungen - welche die meisten organisatorisch weniger komplex sind als die Bauverwaltung - ihre Strukturen und Abläufe den Entwicklungen anpassen.“*

*Und weiter: „Wohlen hat im Vergleich mit anderen grösseren Gemeinden tiefe Verwaltungskosten. Das geht aus einschlägigen Publikationen statistischer Natur hervor, wurde in der Presse schon dargelegt und wird auch von unserer Finanzkommission anerkannt.“*

Der Gemeinderat stellte folgende Fragen in den Raum:

- *„Sollen wir trotz allen diesen positiven Erkenntnissen eine flächendeckende Verwaltungsanalyse erstellen?*
- *Was erwarten wir davon? Etwa den Beweis, dass die Verwaltung gut und effizient funktioniert?*
- *Sind wir auch bereit, die Erkenntnisse einer solchen Analyse umzusetzen, selbst wenn vorgeschlagene Massnahmen Kosten verursachen?“*

*Der Gemeinderat machte weiter folgende Aussage: „Das heisst nun nicht, dass sich der Gemeinderat konsequent gegen eine Analyse wehrt. Sie wissen, dass in unserem Gemeindehaus Platznot herrscht, dass bereits einzelne Bereiche ausquartiert werden mussten. Es wird notwendig, das Gemeindehaus nicht nur zu sanieren, sondern auch Raumbeschaffungen zu studieren. In dieser Hinsicht werden gewisse Abklärungen über die künftigen Strukturen und Bedürfnisse der Verwaltung nötig sein.“*

Die Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und überwiesen.

Am 15. Mai 2008 bewilligte der Einwohnerrat einen Nachtragskredit von Fr. 50'000.--für die Erstellung der Verwaltungsanalyse.

## **2) Vorgehen**

Der Gemeinderat beauftragte mit der Durchführung der Verwaltungsanalyse die OBT AG, St. Gallen, welche national bekannt ist und über entsprechende Fachkompetenz und Erfahrung verfügt.

Wie der Auftrag formuliert ist, ersehen Sie auf den Seiten 2 und 3 des gemeinderätlichen Berichtes.

Aufgrund von Fragen von Mitgliedern des Einwohnerrates, welche am letzten Montag bei der Vorstellung der Berichte durch die OBT gestellt wurden, möchte ich hier etwas ganz klar betonen.

- Der Auftrag, welcher die OBT erhalten hatte, wurde, basierend auf dem FDP-Postulat, welches Basis für die OBT-Offerte bildete, vom Gemeinderat erteilt.
- Die Projektleitung, welche aus den beiden Beratern der OBT, Dr. Jean-Claude Kleiner, Jean-Pierre Sutter, sowie Vizeammann Harold Külling, Gemeinbeschreiber Peter Hartmann und mir bestand, war ausschliesslich in organisatorischen und administrativen Belangen involviert. Dabei ging es um die Terminierung der Interviews, die Verteilung der Fragebogen und das Liefern der Mengengerüste. Am Schluss wurde der Bericht so entgegengenommen, wie ihn die OBT formuliert hat.

Bei der Umsetzung stand immer der Auftrag des Einwohnerrates bzw. des Gemeinderates im Vordergrund. Der OBТ wurden auch die Protokolle des Einwohnerrates zugestellt, sodass die Herren Kleiner und Sutter ihre Äusserungen zum Thema nachlesen konnten. Auf die Arbeit der OBТ und deren Bericht wurde kein Einfluss genommen. Die OBТ arbeitete im Rahmen des vom Gemeinderat erteilten schriftlichen Auftrages absolut selbständig. Dies gilt auch für das nächste Traktandum „Behördenorganisation“. Das heisst, Sie konnten in die vertrauliche Verwaltungsanalyse Einblick nehmen, so wie ihn die beiden OBТ-Vertreter verfasst haben. Der im Vorstoss der FDP formulierte Wunsch „*Das Faktum, dass wir einen externen Organisationsberater beauftragen, gibt uns die Gewissheit, dass der Sachverhalt professionell analysiert und evaluiert wird*“ wurde somit zu 100 % erfüllt. Falls Sie zum Vorgehen noch Fragen haben, stehen Ihnen Dr. Jean-Claude Kleiner und Jean-Pierre Sutter jetzt zur Verfügung.

Die „Verwaltungsanalyse“ sowie die noch wegen zwei Vorstössen aus dem Einwohnerrat eingeschobene „Behördenorganisation“ verursachten Kosten von rund Fr. 70'000.--.

### **3) Erkenntnisse der OBТ**

Die OBТ-Unternehmensberater kamen zu folgendem Gesamteindruck:

- Die Gemeindeverwaltung Wohlen darf insgesamt als sehr kompetentes und kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen bezeichnet werden. In den Abteilungen ist viel fachliches Know-how, Erfahrung und persönliches Engagement vorhanden
- Die Auslastung ist grundsätzlich gut. Punktuell bestehen Überlastungen, die zu korrigieren sind
- Die Arbeitsplatzbedingungen sind teilweise sehr unbefriedigend und das politische Umfeld ist schwierig.

Die beiden OBТ-Vertreter haben „keinen Speck“ gefunden sondern eine schlanke Verwaltung angetroffen, welche teilweise unterdotiert ist. Aufgrund der besonders prekären Situation hat der Gemeinderat, im Sinne einer Sofortmassnahme, Ihnen einen Bericht und Antrag betreffend Aufstockung der Einwohnerkontrolle zugestellt. In diesem Punkt deckte sich der OBТ-Bericht mit den Erkenntnissen des Gemeinderates.

Es gilt hervorzuheben, dass die OBТ auch mit Mengengerüsten und Zahlenvergleichen bzw. mit Benchmarks arbeitete. Die Bewertung der Verwaltung basierte also nicht allein aufgrund der Auskünfte der Befragten. Dies ist wesentlich. Allerdings gilt es auch bei Benchmarks, welche über die Kantonsgrenzen hinausgehen, zu relativieren. Tätigkeiten und Aufgabenbereiche können von Kanton zu Kanton variieren (Beispiele: Steuerämter und Betriebsämter).

Jean-Pierre Sutter ist aufgrund seiner Gespräche mit allen Mitarbeitenden im Gemeindehaus zum Schluss gekommen, dass sich das „Credo Sparen“ alle verinnerlicht haben. Gleichzeitig hält der OBТ-Unternehmensberater aber auch fest, dass dies an sich kein Ziel für die Zukunft der Gemeindeentwicklung sein kann.

In einem Massnahmenkatalog listete die OBТ 35 Massnahmen auf, welche geprüft werden sollen. Aus zeitlichen Gründen war dies dem Gemeinderat bisher noch nicht möglich, wird dies aber nachholen.

### **4) Behörden**

Im Vorstoss der FDP war von „Verwaltungsabläufe inkl. Führungsebene“ die Rede. D.h. es betrifft die Abteilungsleiter, den Gemeinderat und den Einwohnerrat.

a) **Abteilungsleiter**

Die OBТ stellte fest, dass die einzelnen Abteilungen intern über eine grosse Selbständigkeit und dies insbesondere auf die personelle Führung verfügen. Dadurch hat sich auch in der grossen Mehrheit arbeitsintern ein sehr positives Arbeitsklima entwickelt. D.h. seitens des Personalchefs bzw. Gemeindeammanns wird nicht mehr Einfluss genommen als nötig ist. Wir haben also schon heute eine klare Unterscheidung zwischen strategischer und operativer Ebene. Die Konsequenz ist, dass dadurch für den Aussenstehenden weniger ein „Wir-Gefühl“ über die ganze Verwaltung wahrgenommen wird und das Personal eher heterogen betreut ist. Dies bedeutet konkret Zusatzarbeit für die Abteilungsleiter (Bsp. Auswahlverfahren bei Neueinstellungen usw.). In der Folge schlägt die OBТ eine Stabstelle Personalwesen vor. Aufgrund der Grösse der Gemeindeverwaltung Wohlen mit über 90 Festangestellten, 11 Lernenden, 17 Vollstellen im Stunden-Lohn, welche sich auf rund 80 Personen verteilen, wäre eine Personalstelle tatsächlich realistisch. Diese kostet jedoch Geld.

Führungsmässiger Handlungsbedarf besteht bei der Regionalpolizei. Die tägliche Arbeit funktioniert, die Atmosphäre befriedigt aber derzeit nicht.

b) **Gemeinderat**

Die OBТ schreibt folgendes: *„Die politischen Mandatsträger sind teilweise sehr präsent in der Verwaltung. Sie wollen die Verwaltung führen, sich informieren und/oder Unterstützung leisten. Das Verständnis bezüglich strategischer und operativer Aufgaben soll noch gefördert werden.“*

Als konkrete Ressorts, wo diesbezüglich noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen, wurden von der OBТ die Finanzen sowie Öffentliche Hochbauten und Anlagen genannt. An diesem Punkt muss der Gemeinderat noch arbeiten.

c) **Einwohnerrat**

Die OBТ hält fest, dass der politische Druck und das politische Klima die tägliche Arbeit der Verwaltung belasten. Sachlichkeit, Vertrauen und Wertschätzung bleiben häufig auf der Strecke. Für die Zukunft von Wohlen ist deshalb wichtig, dass auch die Rahmenbedingungen im Umfeld der Verwaltung verbessert werden.

## **5) Lohnstruktur**

Wegen dem umfangreichen Auftrag und dem Zeitdruck wurde dieser Punkt von der OBТ erst am Schluss behandelt. Ein schriftlicher Bericht ist in Bearbeitung. Zusammenfassend kam Jean-Pierre Sutter von der OBТ zum Schluss, dass die die Lohnordnung in Wohlen grundsätzlich angemessen ist.

Bei der Beurteilung der Lohnstruktur gilt es zudem folgendes in Erinnerung zu rufen:

Das gültige Personalreglement ist noch jung. Es wurde vom Einwohnerrat im August 2004 verabschiedet und auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt. Bei der Überarbeitung des Reglementes wurde die Gemeinde von Bruno Zingg, IPM Consulting, Zürich, unterstützt. Bruno Zingg wies beste Referenzen in der Entwicklung von leistungsorientierten Gehaltskonzepten für Kantone, Gemeinden, Städtische Werke und private Unternehmen aus.

Dieses Jahr führt die BDO Visura einen Schweizerischen Gehaltsvergleich für Gemeinden und Städte 2009 durch und Wohlen wird ebenfalls beurteilt.

Ich bitte Sie, den Antrag zurückzuweisen.

*Während dem Votum wird Gemeindeammann Walter Dubler mehrmals vom Präsidenten gebeten, sich nur zum Rückweisungsantrag zu äussern. Am Ende des Votums erleidet Gemeindeammann Walter Dubler einen Schwächeanfall. Der Präsident unterbricht die Sitzung für einige Minuten.*

Gfeller Konrad, Präsident: Es ist bedauerlich, was hier vorgefallen ist. Ich glaube, wir müssen uns Gedanken machen, wie viel ein Mensch erträgt. Das Sprichwort besagt: „Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht.“ Wenn das so ist, dann sind wir alle hier verantwortlich für das Vorgefallene. Ich hoffe, dass das Mass des Bestürmens einer Person endgültig voll ist. Bezüglich Traktandum 5 erklärte der Gemeindeammann, dass er die Sitzung verlassen wird und wir weiter über dieses Thema diskutieren können.

Duschén Andrea, FDP: Im Postulat hat man ganz klar die Analyse der Lohnstruktur gefordert. Dies ist im Bericht nicht enthalten und somit ist dieser für uns unvollständig. Wir unterstützen die Rückweisung.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Verwaltungsanalyse ist unvollständig. Das hat uns die GPK ausführlich dargelegt. Die vorliegenden Berichte haben wir eingehend studiert und ziehen folgendes Fazit: „Wohlen braucht eine professionelle Standortförderung, ein Liegenschaftsmanagement, Personalombudsstelle und einen Gemeinderat, welcher strategisch und weniger operativ agiert. Zusammen mit den immer wieder verlangten Langfristplanungen sind das die Schlüssel, die Wohlen in die Zukunft führen und zu einer modernen Stadt werden lassen“. Welches ist das Fazit des Gemeinderates? Wir bitten den Gemeinderat, die Vorschläge der Verwaltungsanalyse zu kommentieren und mit einem Massnahmeplan zur Umsetzung zu ergänzen.

Stäger Urs, SVP: Ich spreche nur zum Rückweisungsantrag. Das andere folgt später. Die GPK beantragt die Rückweisung insbesondere aufgrund der fehlenden Lohnanalyse. Wir unterstützen die Rückweisung nicht. Das würde Kosten von ca. CHF 20'000 auslösen und das Ergebnis ist ja bekannt.

Donat Ruedi, CVP: Der vorherige Vorfall tut mir und wahrscheinlich allen Anwesenden Leid. Die hätte nicht passieren dürfen.

Im Postulat 11076 wurde nebst den Verwaltungsabläufen auch eine Überprüfung der vorhandenen Lohnstrukturen gefordert. Im vorliegenden Bericht sind weder eine Analyse der Gehälter noch eine Würdigung des Gemeinderates vorhanden.

Der Bericht ist daher unvollständig und kann so nicht angenommen werden. Solange der Auftrag nicht erfüllt ist, kann auch das Postulat 11076 nicht als erledigt abgeschrieben werden.

Wir bitten den Gemeinderat, dies nachzuholen und den Bericht neu vorzulegen.

Riedi Adrian, Grüne: Wir unterstützen den Rückweisungsantrag der GPK aus den erwähnten Gründen.

## **Abstimmung**

Dem Rückweisungsantrag der GPK

*Der Bericht 11143 zum Postulat 11076 betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene sei an den Gemeinderat zurückzuweisen zwecks Vervollständigung bezüglich Ana-*

*lyse der Lohnstrukturen. Erwünscht sind auch eine Würdigung des Berichtes und der gemachten Vorschläge sowie das Aufzeigen der geplanten Massnahmen und Prioritäten.*

wird mit 28 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen zugestimmt.

**Bericht und Antrag 11144 betr. Einführung des Teilamts für das Gemeindeammannamt per 01.01.2010 (Motion 11105 in Verbindung mit Motion 11104)**

---

Gfeller Konrad, Präsident: Der Gemeindeammann hätte uns an dieser Stelle sowieso verlassen und wäre für die restlichen Geschäfte nicht mehr anwesend gewesen. Es war ein weiser Entscheid. Ich möchte ihm auch in seiner Abwesenheit dafür danken.

Gregor Ariane, GPK: Die GPK hat sich in zwei Sitzungen – einmal ohne Fachpersonen und einmal mit den Herren Dr. Jean-Claude Kleiner und Jean-Pierre Sutter der OBT AG und den Gemeinderäten Doris Becker und Mathias Jauslin - sehr intensiv mit der Vorlage „Teilamt“ auseinandergesetzt.

Das ganze Voll- resp. Teilamt-Paket, und damit meine ich nicht nur die Vorlage des Gemeinderates, sondern auch die Neben- und Zwischentöne vergangener Zeiten, ist sehr komplex geschnürt und deshalb erstaunt es nicht, dass in der GPK eine Pattsituation entstanden ist. Als Präsidentin hätte ich den Stichentscheid fällen können, würde aber das Resultat dabei nicht zweckdienlicher machen.

Zu den Ausführungen der OBT:

Die OBT AG ist eine Unternehmung, welche in der ganzen Schweiz tätig ist und einen guten Ruf genießt. Jean-Claude Kleiner stellt anhand einer Powerpointpräsentation den Bericht „Behördenorganisation“ vor.

Es werden

1. Chancen und Risiken von Vollamt und Teilamt einander gegenübergestellt
2. 7 Gemeinderäte versus 5 Gemeinderäte untersucht.
3. Einwohnerrat mit 40 oder 30 Mitgliedern geprüft.

Herr Kleiner führt aus, dass aufgrund persönlicher Gespräche mit allen GR und der eingehenden Analyse vor Ort, aber auch infolge der breiten Erfahrung mit politischen Gremien die OBT AG mit Überzeugung zum Schluss kommt, dass

1. die wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen und Aufgabenfülle
2. der zunehmende Wettbewerb zwischen den Gemeinden
3. für die 4 grösste Gemeinde im Kanton

das Vollamt der richtige Schritt, die richtige Lösung in die Zukunft ist. Über die Verkleinerung des GR und ER wird nicht weiter eingetreten.

Zu den Ausführungen des Gemeinderates:

Diese Vorlage könne nicht mit dem Stadtprojekt in Verbindung gebracht werden. Die Steuerkraft in Wohlen sei im Sinkflug, der Steuerfuss im Höhenflug und die Zahl der Arbeitsplätze stagniere. Der jetzige GA mit einem 100 %-Pensum nimmt 200 % Präsenz wahr, weil er sowohl den Gemeinderat wie auch die Verwaltung führe. Die Trennung von operativer und strategischer Führung müsse zwingend Einzug halten. Es sei jetzt Zeit einen Kulturwechsel herbeizuführen, weil im Herbst 2009 Wahlen anstehen und die Stelle des Gemeindeschreibers bald neu ausgeschrieben würde.

Zusammenfassung der Fragen der GPK an die Fachpersonen:

Könnte das privatwirtschaftliche System mit einem nebenamtlichen Verwaltungsrat und einem vollamtlichen Geschäftsführer auch für unsere Gemeinde funktionieren? Für die OBT ist klar, dass im Vollamt mehr Kraft steckt und deshalb favorisieren sie dieses Modell nicht. Es gibt Gemeinden zu verzeichnen, die mit einem Verwaltungsdirektor gut geführt sind.

Die GPK wollte wissen, ob es für den Gemeinderat ein Ziel sei, sich in Zukunft auf die strategische Ebene zurückzuziehen. Eine Mehrheit des Gemeinderates ist der Meinung, dass sich die Ratsmitglieder zu fest im operativen bewegen und somit würde das Zukunftsmodell so aussehen, dass politisch gewählte Personen nur strategische Aufgaben wahrnehmen.

Die Strukturänderung ist ein Prozess, der mit grossem Willen aller Beteiligten, in einem gewissen Zeitraum zu organisieren ist. Das Vollamt steht dieser Strukturänderung laut OBT nicht zwingend im Weg.

Das Anforderungsprofil an einen GA beinhaltet eine riesengrosse Palette an Aufgaben. Bei einem Vollamt gibt die gewählte Person die berufliche Karriere auf. Bei einem Teilamt wäre die Macht redimensioniert und die gewählte Person hätte die Möglichkeit, den erlernten Beruf weiter auszuführen.

Wie geht es denn bei einer Annahme der Vorlage weiter? Der Gemeinderat würde umgehend die Führungs- und Verwaltungsstrukturen unter Beizug der Empfehlungen der Verwaltungsanalyse der OBT reorganisieren und die Umsetzung einleiten.

Diskussion innerhalb der GPK:

Die GPK spürt, dass eine Reorganisation der Führungs- und Verwaltungsorganisation angestrebt werden sollte. Auch die Rollenverteilung innerhalb des Gemeinderates und zwischen der Verwaltung und dem Gemeinderat ist nachvollziehbar. Ein personeller Wechsel könnte dabei von Vorteil sein. Der Antrag des Gemeinderates ist für dieses Anliegen aber unvollständig, da die erforderlichen neuen Stellen im Bericht und Antrag fehlen.

Eine Rückweisung zur Vervollständigung des Bericht und Antrages wäre nicht mehr rechtzeitig vor den Neuwahlen im Herbst 09 aufzugleisen. Aus diesem Grunde wurde dieser Antrag, den ein GPK-Mitglied gestellt hatte, mit 3:1 bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Die GPK sucht nach einem Weg, den Gemeinderat zu verpflichten, im Fall einer Annahme der Vorlage durch den ER die erforderlichen Reorganisationen vorzunehmen. So formuliert sich folgender Zusatzantrag zum Antrag des Gemeinderates:

*Der Gemeinderat wird verpflichtet, bis spätestens Ende Juli 2009 die Neustrukturierung der Führungs- und Verwaltungsorganisationen zu erarbeiten, dem Einwohnerrat zur Kenntnis zu bringen und die erforderlichen zusätzlichen Stellen zu beantragen.*

Der Zusatzantrag wird mit 4:2 Stimmen angenommen.

Die Abstimmung über den gemeinderätlichen Antrag, ergänzt mit dem angenommenen Zusatzantrag, ergibt Stimmgleichheit, d.h. 3:3.



*die in der Lage sind, genau 60 Prozent für das Gemeindeammannamt einzusetzen. – Mit der 60 bis 100 Prozent-Lösung erweitert man den Kreis der Personen, die sich um das Gemeindeammannamt bewerben können. Das liegt im Interesse der Gemeinde.*

*Mit einem flexiblen Stellenpensum von 60 bis 100 Prozent kann sowohl auf die Bedürfnisse der Gemeinde wie auch auf jene des gewählten Gemeindeammanns angemessen reagiert werden. Diese Bedürfnisse können sich im Laufe der Jahre auch ändern.*

*Der Gemeindeammann sollte mindestens etwas mehr als die Hälfte seiner Arbeitskraft in den Dienst der Gemeinde stellen. Es bleibt ihm aber doch die Möglichkeit, die Verbindung zu seiner bisherigen – oder einer ähnlichen – beruflichen Tätigkeit beizubehalten.*

*Bei der vorgeschlagenen Regelung wird vorausgesetzt, dass der Gemeinderat die genaue Festlegung des Stellenpensums im Einvernehmen mit dem Gemeindeammann vornimmt und dessen Bedürfnisse mitberücksichtigt.*

*Die Festlegung des genauen Stellenpensums für eine ganze Amtsperiode ist im Interessen von stabilen Verhältnissen im Gemeinderat und in der Verwaltung geboten.*

### **Zusatzantrag der Grünen**

*Die Gemeinderäte werden bei einem Teilamt des Gemeindeammanns für die entstehende Mehrbelastung mit einem Zusatzhonorar entgolten. Der Gemeinderat unterbreitet dem Einwohnerrat die entstehenden Kosten zusammen mit den erforderlichen zusätzlichen Stellen für die Neustrukturierung der Führungs- und Verwaltungsorganisationen.*

### *Begründung*

*Falls der Gemeindeammann neu im Teilamt mit 60 % arbeitet, werden die andern sechs Gemeinderätinnen oder Gemeinderäte Mehrarbeit leisten müssen. Sie haben weiterhin ihre Ressorts, die Verwaltungsreform ist aufzugleisen und Teile der jetzigen Arbeit des Gemeindeammanns sind neu zu verteilen. Wir sind deshalb der Meinung, dass diese Mehrbelastung abgegolten werden sollte. Finanziert werden diese Mehrausgaben durch Mittel, welche durch die Einführung des Teilamtes frei werden.*

Perroud Arsène, SP: Die mehrheitliche, unveränderte Meinung der SP Wohlen und der Fraktion zu diesem Thema konnte man bereits in der Presse nachlesen. Die Mehrzahl der Fraktion wird dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Wie bereits mehrmals erwähnt, können wir uns durchaus mit einem Teilamt des Gemeindeammanns anfreunden. Unsere Wunschvorstellung geht in die Richtung eines Gesamtpensums für den Gesamtgemeinderat, das individuell aufgeteilt werden könnte. Vollamt und Teilamt haben Vorteile und Nachteile, wie dies die Studie von OBT zeigt.

Für die Einführung eines Teilamtes müssten einige Grundlagen geschaffen werden. Bspw. die Ressortzuteilungen, Kompetenzenregelungen, organisatorische Fragen, personelle Entlastungen, evtl. neue Stellen, neue Entschädigungen für die Gemeinderäte usw. Es hätte auch Auswirkungen auf die Verwaltung. Sie würde nämlich gestärkt, es geht in Richtung wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Das wiederum bedeutet, dass sich der Einwohnerrat eine andere Kultur erarbeiten muss. Es müssten einige Veränderungen vorgenommen werden.

Vor zwanzig Jahren wurde das Vollamt eingeführt, ohne grosse Überlegungen rundherum. Die restlichen Strukturen wurden nicht angepasst, es existiert(e) kein Pflichtenheft. Es war vielleicht eine Unterlassungssünde, dass im Jahr 1989 ohne weitere Überlegungen das Vol-

lamt eingeführt wurde. Wollen wir diesen Fehler erneut begehen und uns blindlings neue Strukturen verschaffen? Momentan fehlen sämtliche Grundlagen. Der Gemeinderat zeigt zwar guten Willen und will all die Fragen bearbeiten, eine Garantie gibt er uns aber nicht.

Seien wir ehrlich: Bei dieser Vorlage geht es um ein Personalproblem, um Walter Dubler. Im Herbst sind Wahlen und man möchte ihn ersetzen, was legitim ist. Mit dem 60%-Pensum verspricht man sich mehr Optionen, resp. andere wählbare KandidatInnen für das Amt des Gemeindeammanns. Die Mehrheit des Gemeinderats versteckt sich hinter den strukturellen Fragen.

Warum wird nicht offen dazu gestanden, dass es sich um eine personelle Frage handelt? Wir wundern uns, warum niemand Mut zur Wahrheit beweist, anstelle sich hinter strukturellen Verbesserungen zu verstecken? Wir fragen uns, warum alle Gemeinden im Aargau ab 10'000 EinwohnerInnen einen vollamtlichen Gemeindeammann brauchen und kleine Gemeinden wie Zufikon über eine Aufstockung diskutieren? Warum wird über diese Vorlage erst jetzt debattiert? Vor wenigen Jahren wurde über das Vollamt im Rahmen der Überarbeitung der Gemeindeordnung diskutiert, da sah man keinen Handlungsbedarf.

Wir bewundern die Aufbruchstimmung und den Mut der Gemeinderatsmehrheit, diese Fragen anzugehen. Wir vertrauen ihnen auch. Trotzdem gibt es bis anhin nur Lippenbekenntnisse, die nötigen Veränderungen herbeizuführen. Fakt ist, dass mit einem Teilamt schlussendlich kein Geld gespart werden kann.

Ich betone nochmals, dass die SP Wohlens sich nicht a priori gegen ein Teilamt ausspricht, sondern schlicht und einfach der Meinung ist, dass diese Vorlage noch nicht fertig ausgereift ist. Das richtige Vorgehen wäre, wenn der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine Vorlage präsentieren würde, worin sämtliche Aspekte eines Teilamtes inkl. Auswirkungen auf Verwaltung und Einwohnerrat aufgezeigt. Darin wären auch die Kostenfolgen ersichtlich und danach könnten wir urteilen. So eine Vorlage braucht Zeit, offensichtlich zuviel Zeit bis zu den Wahlen.

Die SP Wohlens stellt daher folgenden Rückweisungsantrag: Der Bericht und Antrag sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die organisatorischen Grundlagen auszuarbeiten und die erforderlichen neuen Stellen zu beantragen.

## **Diskussion zum Rückweisungsantrag**

Jauslin Matthias, Gemeinderat: An dieser Stelle möchte ich Walter Dubler gute Besserung wünschen. Es macht mich persönlich und auch den gesamten Gemeinderat sehr betroffen.

Falls das nun so locker tönt bei diesem Rückweisungsantrag: Warum stehen wir nicht offen dazu? Die Situation ist sehr belastend. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass eine Rückweisung diese nicht verbessert und auch nichts dazu beiträgt, Probleme zu lösen. Wir müssen das Thema heute soweit behandeln, dass wir wissen, wie fortzufahren ist. Wenn der Grundsatzentscheid „Voll- oder Teilamt“ gefallen ist, wird der Gemeinderat die weiteren Reorganisationen mit Stellenbedarf erarbeiten und dem Einwohnerrat zum Entscheid vorlegen. Wir sind überzeugt, Ihnen dies entsprechend präsentieren zu können. Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen und anschliessend der Vorlage zuzustimmen.

Donat Ruedi, CVP: Die CVP ist gegen die Rückweisung. Wir möchten, dass das Thema heute behandelt und ein Entscheid gefällt wird.

## Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der SP wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wohlen bewegt und verändert sich. Oder konnten Sie sich früher vorstellen, dass wir gemeinsam einen Masterplan für das Zentrum erarbeiten, eine Stadtnennung injizieren, eine Strategiekommission bestimmen oder gar offen von Visionen sprechen? Der Gemeinderat erarbeitete ein Leitbild und zeigt in diesem Visionen auf. Nun sollten wir mutig sein und gemeinsam dieses Leitbild umsetzen. Doch dies verlangt Veränderungen.

Im Auftrag zu einer Praxisarbeit an den damaligen Gemeindeschreiber Martin Hitz hielt der Gemeinderat am 3.4.2000 folgendes fest: „.... mit der vorliegenden Praxisarbeit soll der Status quo der Verwaltungskompetenz die Möglichkeiten der heutigen gesetzlichen Regelungen sowie die Zukunft zur Trennung von strategischer und operativer Führungstätigkeit aufgezeigt werden.“

Der in Folge entstandene Bericht sah unter anderem folgenden Handlungsbedarf:

- konkrete, strukturierte Kompetenzregelung
- Aufgaben und Verantwortlichkeiten regeln
- Definieren eines Leitbildes
- Definieren von Legislaturzielen
- Definieren von Jahreszielen
- Prüfen einer Stelle Personalwesen - als Stabsstelle
- Prüfen einer Organisation mit Geschäftsleitung

Die damaligen Erkenntnisse aus dem Jahre 2000 sind nicht umgesetzt worden. Aussagen, es sei ja alles bestens, dürfen durchaus hinterfragt werden.

Am 19. Mai 2008 wird der Gemeinderat mit einer Motion vom Einwohnerrat beauftragt, für die Einführung des Teilamtes des Gemeindeammannamtes Bericht und Antrag zu erstatten.

Der Gemeinderat nahm diese Motion zum Anlass, die Organisation grundsätzlich zu prüfen.

Der nun aktuell vorliegende Bericht „Verwaltungsanalyse der OBТ“ deckt sich vor allem bei den Erkenntnissen im organisatorischen Bereich mit dem, was dem Gemeinderat eigentlich schon 2000 aufgezeigt wurde.

Für unsere Überlegungen haben wir beide Berichte der OBТ, also die Verwaltungsanalyse und die Analyse Behördenorganisation, beigezogen. Durch die Tätigkeit als Gemeinderat und Mitglied der Exekutive erachten wir aber auch unsere Wahrnehmungen und Erfahrungen in der Praxis durchaus als wichtig. Immerhin schreiben wir, politische Abläufe, die noch vor Jahren richtig schienen, sind heute zu überdenken. Diese Offenheit, liebe Anwesende, ist von allen gefordert.

In der Bearbeitung kommt die Mehrheit des Gemeinderates zum Schluss, dass uns das Vollamt in den letzten 20 Jahren nicht den erwarteten Mehrwert erbrachte. Dies zeigen Zahlen und Statistiken deutlich auf. Die Politik hat es unterlassen, die notwendigen Anpassungen aufzugleisen.

Für uns drängen sich daher folgende Korrekturen auf:

1. eine Reorganisation der Aufgabenbewältigung unserer Gemeinde
2. eine konsequente Trennung von Politik und Verwaltung, von strategischer und operativer Führung
3. weniger Machtkonzentration beim Gemeindeammann und bessere Verteilung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung auf die Gemeinderatsmitglieder

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass bei entsprechender Reorganisation ein Teilamt in der Grössenordnung von aktuell 60 % ausreicht, um die Aufgaben des Gemeindeammanns zu erfüllen.

Begründung:

- Die OBT AG, St. Gallen, empfiehlt die Schaffung von zwei Stabstellen, nämlich Standortmarketing und Personalwesen. Der Gemeinderat begrüsst diese Empfehlung
- Die gesetzlichen Bestimmungen gestatten es dem Gemeinderat seit einiger Zeit, Entscheidungsbefugnisse an die Verwaltung oder an einzelne seiner Mitglieder zu delegieren. Das bedeutet, dass sich der Gemeinderat weitgehend von operativen Tätigkeiten entlasten kann. Diese Möglichkeit wurde zu wenig ausgeschöpft. Der Gemeinderat möchte das ändern.

Ein nicht zu unterschätzender Aspekt von einem Teilamt ist, dass das Feld von möglichen Kandidatinnen oder Kandidaten klar vergrössert wird. Mit den heutigen flexiblen Arbeitszeitmodellen bietet sich hier eine reale Chance, auch ohne Karriereknick einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten.

Wie möchte der Gemeinderat dies nun umsetzen?

### Anstellungsbedingungen

Im Reglement „Anstellungsbedingungen des Gemeindeammanns“ werden das Pensum und die Anstellungsbedingungen geregelt. Aktuell für nächste Amtsperiode mit 60 %. Das Gehalt für diese 60 % entspricht einer Entlohnung von immerhin rund 9800.- im Monat. Das Reglement ist alle vier Jahre vor den Wahlen zu überprüfen. Das gestattet dem Einwohnerrat, entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

### Organisation

Die Pensenreduktion des Gemeindeammanns verlangt organisatorische Massnahmen:

- Auf Führungsebene ist die Ressortverteilung neu zu organisieren. Die OBT AG schlägt beispielsweise die Bildung von 6 Ressorts mit 6 Gemeinderäten als Vorsteher vor. Der teilamtliche Gemeindeammann übernimmt dabei kein Ressort mehr, sondern widmet sich ausschliesslich seinen Führungsaufgaben als Gemeindeammann. Dies ist noch konkret aufzuzeigen und anzupassen.
- Operative Aufgaben werden so weit als möglich an die Verwaltung delegiert. Dem Gemeinderat ist es bewusst, dass er dazu in der Verwaltung einen Verwaltungschef bestimmen muss und diesen auch mit genügend Stellenprozenten auszustatten

hat. Da die Stelle des Gemeindegeschreibers in nächster Zeit ausgeschrieben werden muss, sieht der Gemeinderat Chancen, entsprechende Weichen bereits zu stellen

- Zur Unterstützung sind für Standortmarketing und Personalwesen Stabstellen einzurichten. Dotation und Aufgabenstellung dieser Positionen sind abhängig von der künftigen Gestaltung des Gemeindeamtsnamens.

Sobald die Bereitschaft zur Veränderung und der Grundsatzentscheid Vollamt/Teilamt gefallen ist, wird der Gemeinderat die weitere Reorganisation mit Stellenbedarf erarbeiten und dem Einwohnerrat zum Entscheid vorlegen.

Stimmen Sie dem Antrag des Gemeinderates zu.

Becker Doris, Gemeinderätin: Die Situation ist für alle belastend.

Es gibt Themen, die regelrecht erzwungen werden müssen. Themen, die so heikel sind, dass jede noch so gut überlegte Äusserung eine Gratwanderung ist. Themen, die meist hinter vorgehaltener Hand diskutiert werden und weder eine Bewegung noch Veränderung bringen. Das Thema Teilamt/Vollamt ist ein solches.

Es lässt sich weder vertuschen noch „schön reden“, aber klar ist: Alles dreht sich um den Mensch und nicht in erster Linie um Strukturen!

Es gibt allerdings Strukturen, welche mehr oder weniger Flexibilität zulassen und einem eher liberalen Gedankengut entsprechen. Ein Führungsmodell, wie man dies in Wohlen vorfindet, wo ein Firmenchef gleichzeitig Geschäftsleiter und Verwaltungsratspräsident ist (dies ohne Anforderungsprofil), wird immer Risiken beinhalten, egal, welchen Namen der Amtsinhaber trägt. Risiken wie Machtkonzentration (als Resultat davon Unausgewogenheit im Gemeinderats-Gremium), eine unerwünschte Vermischung strategischer und operativer Aufgaben, Betriebsblindheit und Bürokratie.

Zudem ist der Kreis der wählbaren Kandidaten klein. Nicht jeder kann oder will seinen Job aufgeben! Ein allfälliger Wechsel vom Vollamt zurück ins Berufsleben gestaltet sich unter Umständen als schwierig.

Es bedeutet keinen Rückschritt, falls für Wohlen der Wechsel vom Voll- zum Teilamt zustande kommt! Liberale Führungsmodelle und entsprechend angepasste Strukturen in der Verwaltung werden in vielen Gemeinden und Städten schon jetzt mit Erfolg praktiziert. Wo ein Wille – da ein Weg.

Das Teilamt ermöglicht ein zweites Standbein und das persönliche Risiko wird abgedeckt. Das viel zitierte „Herzblut“ wird absolut nicht ausgeschlossen!

Wenn sich ein Amtsinhaber in Zukunft konsequent den strategischen Aufgaben widmet, also kein Ressort mehr betreut und zudem bei der Personalführung entlastet wird, ist aus heutiger Sicht des Gemeinderates ein Teilamt von 60 % ausreichend.

Heute können Sie die Weichen stellen und mithelfen, den notwendigen Strukturwandel herbeizuführen. Wohlen braucht keinen Dorfkönig, sondern soll sich zu einer offenen, demokratischen Stadt entwickeln. Das Teilamt ist dazu realistischer. Dafür mit einem strategisch handelnden, ausgewogenen Gemeinderats-Gremium, welches mit einer professionellen Verwaltung zusammen arbeitet. Ich bitte um Zustimmung.



thias Jauslin hat dies vorhin sehr gut erläutert. Es betrifft die Reorganisation, die Aufgleisung von neuen Lösungen, die den Ist-Zustand überholen.

Wir unterstützen die Mehrheit des Gemeinderates zur Einführung des Teilamtes von 60 %. Wir sind erfreut, dass sich unsere langjährige Meinung „kein vollamtlicher Gemeindeamann“ sich nun durchzusetzen scheint. Liegt eine Machtballung in falschen Händen, ist die Versuchung sehr gross, diese nicht nur zum Wohle der Gemeinde einzusetzen, sondern zum Erhalt der eigenen Position. Hier in diesem Saal wurden zum Beispiel bereits Einwohnerräte unter Druck gesetzt und in ihrem Recht auf freie Meinungsäusserung beschnitten. Legislaturprogramm, Behördenpropaganda, Wahltermine, zurückstellen von nicht willkommenen Anträgen, Einschüchterung von Unterschriftensammlern sind weitere Reizworte, die das Anwenden der zu grossen Machtfülle belegen. Ein solches Gebahren muss künftig unterbunden werden. Der Gemeindeamann muss durch die Pensenwahl gezwungen werden, sich auf das Wesentliche zu fokussieren.

Der Gemeindeschreiber hat in seiner Ausbildung auch Erfahrung im Bereich „Personalbetreuung“ sammeln können. Somit wäre hier bereits Know how vorhanden, um die Zuständigkeiten neu zu regeln. Im Weiteren stehen wir von der SVP sachlich begründeten Personalaufstockungen nicht im Voraus negativ gegenüber. Wir haben dann aber auch darüber zu beurteilen, wo sich Über-/Unterbesetzungen finden lassen. Ganz im Sinne einer konzeptionellen und effizienten Neuregelung.

Ein Teilamt für den Gemeindeamann ermöglicht es zudem in einem grösseren Personenkreis kandidieren zu können. Eine echte Auswahl zu haben, ist nur positiv. Wir sagen Ja zur Einführung des Teilamtes.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Nach reichlicher Überlegungen sind wir zu folgenden Schlüssen gekommen, die aus unserer Sicht für das Teilamt sprechen:

Konzentration auf strategische Aufgaben für den Gemeinderat (Trennung strategisch / operativ). Die Chance für diesen Systemwechsel steht gut, da der Gemeindeschreiber bald in Pension geht. Der Nachfolger könnte als Stadtverwalter eingesetzt werden. Es ermöglicht eine Steigerung der Professionalität, der Qualität und der Leistung. Der Gemeinderat lenkt und hat bessere Steuerungs- und Kontrollinstrument.

Es gibt auch Vorteile bezüglich des Gemeinderats-Teams. Dadurch, dass wir keine Übermacht haben mit einem Vollamt, ergibt sich eine grössere Ausgewogenheit. Die Verwaltungsanalyse hat gezeigt, dass die Abteilungen sehr eigenständig funktionieren. Falls bei einer Übergangsphase noch nicht alles klar wäre, ist dies eine weitere Chance.

Ein Grossteil des Gemeinderates steht hinter dem Systemwechsel und befürwortet eine Reorganisation. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates mehrheitlich und sind für die Einführung des Teilamtes für den zukünftigen Gemeindeamann.

Keller Anna, Grüne: Ich spreche nur für einen Teil der Fraktion, für die Grünen. Gewisse Sachen gelten aber auch für die SP. Die Leute der SP sprechen ein klares NEIN bezüglich des Teilamtes. Die Grünen sind klar für ein Teilamt. Die Leute des Gemeinderates, die ein Teilamt befürworten, versprechen uns in der Vorlage eine klare Reorganisation, was uns sehr wichtig und unverzichtbar ist. Deshalb ist die Annahme des Zusatzantrages der GPK für uns enorm wichtig und ein wesentlicher Bestandteil. Ansonsten ist es für uns nicht tragbar. Dann haben wir zumindest einen Pflock eingesetzt, dass der Gemeinderat das Versprochene auch umsetzt und es so festgelegt ist. Eine grosse Bedeutung kommt aber auch unserem Zusatzantrag zu. Es geht um die Mehrarbeit der Gemeinderäte. Die Arbeit des Ge-

meindeammanns muss vor allem in der Übergangszeit von den Gemeinderäten übernommen werden. Ich möchte Ihnen den Antrag nochmals präsentieren.

*Die Gemeinderäte werden bei einem Teilamt des Gemeindeammanns für die entstehende Mehrbelastung mit einem Zusatzhonorar entgolten. Der Gemeinderat unterbreitet dem Einwohnerrat die entstehenden Kosten, zusammen mit den erforderlichen zusätzlichen Stellen für die Neustrukturierung der Führungs- und Verwaltungsorganisation.*

Solange der gesamte Gemeinderat Mehrarbeit leisten muss, weiter ihre Ressorts betreuen, die Verwaltungsreform aufgleisen und einen Teil der Arbeit des Gemeindeammanns übernehmen, sind wir der Meinung, dass dies finanziell abgegolten werden muss.

Kohli Benno, FDP: Wie Sie wissen, spreche ich Klartext. Ich möchte kurz antworten auf die Aussage von Frau Becker. Sie konnten in der Zeitung lesen, die Politik Wohlen's habe versagt. Ob dies der Wahrheit entspricht, überlasse ich Ihnen. Eines ist klar: Wo wir heute stehen, verdanken wir den letzten 20 Jahren. Wir haben zunehmend einen tieferen Pro-Kopf-Steuerertrag, keine neuen Arbeitsplätze, raumplanerische Entwicklung ist nicht vorhanden, etc. Die Politik hat zwar offenbar versagt, aber auch korrigierende Tendenzen sind zu verzeichnen. Nach diversen Anläufen bearbeiten wir nun viele Probleme. In den Kommissionen, in den Parteien, mit den Gemeinderäten. Ich denke an den Zonenplan, Strategiekommission, die Verlage mit der „Stadt Wohlen“, Badi und die HPS wird neu gebaut. Alles Anliegen, die dem Gemeinderat und dem Gemeindeammann aufgezwungen werden mussten, damit sich etwas bewegt, was in deren Zuständigkeit lag. So kann's nicht weitergehen, es darf nicht nur verwaltet werden. Es braucht einen Gemeindeammann und einen Gemeinderat, der strategisch denkt und handelt. Die Trennung der strategischen und operativen Ebene ist ein Muss. Aarau und Baden führen dies bereits so. Trotzdem brauchen diese einen vollamtlichen Gemeindeammann. Sie sind wichtiger, grösser, bieten mehr Arbeitsplätze und wichtige Geschäfte, weil sie an Knotenpunkten liegen. In Wohlen sind wir leider noch nicht soweit. Dies kann sich aber verändern und deshalb ist die Vorlage des Gemeinderates so ausgestattet, dass das Pensum angepasst werden kann. Liebe Einwohnerräte, zeigt, dass der Wohler die Probleme erkennt und korrigieren will. Zeigt, dass wir eine Veränderung wollen. Unterstützt die vorhandene Aufbruchstimmung bei den Kommissionen, Parteien und im Gemeinderat. Wenn wir heute die Chance nicht packen, dann haben wir versagt. Sprecht ein deutliches JA zum Vorschlag des Gemeinderates und zur Einführung des Teilamtes für den Gemeindeammann.

Bächer Andy, CVP: Ich werde keinen Antrag unterstützen, welcher ein Teilamt beinhaltet. Ich sehe nicht ein, was gegen Benno Kohlis Aussage spricht. All das ist auch mit einem Vollamt möglich. Es ist wichtig für unsere Gemeinde, die zu einer Stadt werden möchte, dass das Vollamt beibehalten wird. Personelle Veränderungen sind nicht mit einem Teilamt lösbar. Die Parteien hatten über vier Jahre Zeit, um geeignete Kandidaten vorzustellen. Der Gemeinderat und der Gemeindeammann können sich bei einem Vollamt ohne weiteres auf strategische Führungen konzentrieren. Es ist notwendig, dass das 7er Gremium die verschiedenen strategischen Aufgaben den entsprechenden Personen zuteilt und diese beauftragt, diese Aufträge zu erfüllen. Einem Zeitungsbericht kann entnommen werden, dass nicht nur der Gemeindeammann alleine versagt hat. Es ist ein 7er Gremium, welches in den letzten Jahren versagt hat. Man muss aber auch sagen, dieses Gremium erhält viele Aufträge von einem 40er Gremium, welches ebenfalls teilweise versagt. Konstruktivere Zusammenarbeit wäre angebracht. Ich kann nicht verstehen, dass man begründet, operativ und strategisch zu trennen sei mit einem Vollamt nicht möglich. Anna Kellers Aussage ist widersprüchlich: Wenn man das Vollamt aufhebt, bei den anderen Gemeinderäten das Teilpensum zu erhöhen ist. Ich bin gegen den Bericht und Antrag.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es ist eine interessante Debatte. Ich möchte mich nicht zur Vorlage als solche äussern, sondern nur zu den beiden Zusatzanträgen. Einerseits diese der CVP, andererseits die der Grünen. Wir müssen aufpassen, dass wir eine Vorlage klar behalten und diese durch Zusatzanträge nicht unklarer machen als sie ist. CVP stellt drei Anträge. Sie beginnt bei Nummer zwei. Wenn ich nun Nummer zwei sage, ist das der erste Antrag. Der erste Antrag „man soll ein Stellenpensum von 60 - 100 % zur Verfügung stellen“. Dies ist kein Widerspruch. Zur Vorlage des Gemeinderates: Schaut diese genau an, es ist auch eine flexible Lösung möglich. Der dritte Antrag mit der Nummer 3. „Der Gemeinderat sei zu ermächtigen, im Einvernehmen mit dem Gemeindeammann das Pensum im Rahmen von 60 - 100 % festzulegen.“ Passen Sie auf, dass Sie nicht einen Blödsinn beschliessen. Im Einvernehmen heisst, dass der Gemeindeammann praktisch ein Vetorecht hat. So haben Sie keine praktikable Lösung mehr. Ich glaube, das wäre eine Verschlechterung der Vorlage, es gäbe eine starre Lösung geben und keine Flexibilisierung. Antrag 4 der CVP ist eine Selbstverständlichkeit, dass man die Vorlage dem Resultat der Urnenabstimmung anpasst, falls es zu einer solchen Abstimmung kommt. Ich bitte deshalb die CVP höflich, diesen Antrag nochmals zu überdenken und zurückzuziehen. Er bringt keine Vorteile. Kurz zum Antrag der Grünen: Mit den Gemeinderäten müssen wir kein Mitleid haben. Sie verdienen im Durchschnitt, ohne Gemeindeammann, CHF 35'000 p.a. Da müssen wir nicht vorsorglich, Anna Keller, eine Lohnerhöhung verlangen. Diese sind genügend intelligent, falls sie das Gefühl haben, dass sie zuwenig verdienen, wenn man das Pensum des Gemeindeammanns kürzt, für sich selber mehr Lohn zu verlangen. Sie haben es vor 2 - 3 Jahren bereits versucht, zum Glück ohne Erfolg. Zusammengefasst: CVP, bitte studieren Sie den Zusatzantrag nochmals genau und lehnen Sie denjenigen der Grünen ab.

Fricker Matthias, CVP: Ich bitte Sie, diesem Bericht und Antrag nicht zuzustimmen. Ich kann mich vollumfänglich den Ausführungen von Andy Bächer anschliessen. Ich bin der Meinung, dass eine Gemeinde wie Wohlen genügend Aufgaben für die Zukunft hat, mit denen ein vollamtlicher Gemeindeammann auch nur auf strategischer Ebene ausgelastet sein wird. Ich unterstütze diesen Antrag sowie sämtliche andere gestellten Anträge nicht. Eine kleine Korrektur. Es handelt sich nicht um einen CVP-Antrag, sondern von Ruedi Donat.

Keller Anna, Grüne: Ich möchte die Frage von vorhin wiederholen. Mich interessiert, ob der Antrag von Ruedi Donat überhaupt umsetzbar ist? Ist das rechtlich möglich? Ich konnte in den Unterlagen einen Briefwechsel mit Aarau lesen, der dies verneint. Wenn ich nicht irre, ist dies nicht möglich!

Hartmann Peter, Gemeindeschreiber: Es fand tatsächlich ein solcher Briefwechsel statt, im Jahre 2001. Es ging aber dabei nicht um dieselbe Fragestellung. Sondern ob man freiwillig im Rahmen des seinerzeitigen Volksbeschlusses vom Gemeindeammann, im Einvernehmen mit dem Gemeinderat, das Pensum verkleinern kann. Das Departement des Innern teilte ganz klar mit, das Volk habe das Vollamt beschlossen, also muss es auch so ausgeübt werden. Dieselbe Anfrage wurde ein zweites Mal gestellt, wo man versuchte, eine Formulierung im Reglement zu verankern. Diese besagt den Zeitraum für die Erklärung, in welchem Rahmen das Pensum nach der Wahl des Gemeindeammanns ausgeführt werden möchte. Auch da sah das DVI davon ab, man müsse ganz klar festlegen, ob ein Teil- oder Vollamt gewünscht ist.

Keller Anna, Grüne: Ich bin nicht ganz zufrieden. Ich entnehme der zweiten Aussage, dass das, was hier vorgeschlagen ist, nicht möglich ist. Falsche Interpretation?

Hartmann Peter, Gemeindeschreiber: Hier steht: „Ein flexibles Pensum für die Dauer einer Amtsperiode ist in rechtlicher Hinsicht wohl zulässig. Im praktischen Vollzug stellen sich indessen gewisse Fragen.“ Weiter steht die Zuständigkeit der Entscheidung und Macht-wortsprechung, Auswirkung, welches Ressort „gekürzt“ wird, welche Gemeinderäte eine

Arbeitsaufstockung erhalten, etc. Sie weisen darauf hin, dass die praktische Durchführung nicht ganz mit der theoretischen in Einklang zu bringen ist. Man befürchtet sogar, dass das flexible Pensum zu einem Abwahlinstrument umfunktioniert werden könne.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich werde den Abänderungsanträgen der CVP nicht zustimmen. Falls wir einen Strukturwandel und klarere Verwaltungsabläufe (Trennung strategische/operative Ebene) anstreben, müssen wir klare Signale senden. Wir müssen auch für die Wahl der Personen Klarheit schaffen. Es braucht einen klaren Stellenbeschrieb. Auch für die einzelnen Gemeinderäte, wo die Aufgaben klar dokumentiert sind. Einer solchen Lösung kann nicht zugestimmt werden.

Donat Ruedi, CVP: Kurz zu Jean-Pierre Gallati: Der Antrag ist formuliert:

1. Der Volksbeschluss vom 4. Juni 1989 betreffend Einführung des Vollaamtes für den Gemeindeammann sei per 1.1.2010 aufzuheben.

Danach folgt Punkt 2, 3 und 4 meines Antrages. Dies zur Information. Es geht auch um die nötige Flexibilität. Man darf ja nicht immer den worst case annehmen. Nach einer Gemeindeammannwahl können die Gemeinderäte untereinander auch kommunizieren bezüglich des Pensums.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Ich bitte Sie, den Antrag der Grünen abzulehnen. So sympathisch dies auch tönt. Der Gemeinderat macht sich keine Illusionen, dass er die Umsetzung der neuen Organisation selber gestalten kann. Wir werden auf die Unterstützung externer Leute angewiesen sein. Dem Gemeinderat fällt keine direkte Mehrbelastung zu. Nach Abschluss der Reorganisation werden wir im Voranschlag 2010/2011 oder auch später die entsprechenden Umplatzierungen fordern müssen. Zur Zeit sehen wir keinen Handlungsbedarf.

Lehmann Sandra, Freis Wohlen: Es geht darum, dass den anderen Gemeinderäten ein höheres Stellenpensum zugeteilt wird. Vermutlich führte es aber dazu, dass sie sich mehr den operativen Geschäften zuwenden würden. Ich werde dem Antrag nicht zustimmen.

## **Abstimmung**

Der Zusatzantrag von Ruedi Donat

*Für das Gemeindeammannamt sei ab 1.1.2010 ein Stellenpensum von 60-100% zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat sei zu ermächtigen, im Einvernehmen mit dem Gemeindeammann nach dessen Wahl das Stellenpensum im Rahmen von 60 – 100 % jeweils für die Dauer einer Amtsperiode genau festzulegen. Das Reglement zur Regelung des Anstellungsverhältnisses des Gemeindeammanns der Gemeinde Wohlen sei dem Ergebnis der Urnenabstimmung über die Anträge gemäss den Ziffern 2 und 3 anzupassen*

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Gfeller Konrad, Präsident: verliert den Zusatzantrag der Grünen und wird von Anna Keller unterbrochen.

Keller Anna, Grüne: Es handelt sich um einen Zusatzantrag zusätzlich zu demjenigen der GPK. Meiner Ansicht nach müsste zuerst derjenige der GPK behandelt werden.

Gfeller Konrad, Präsident: Man kann die Anträge nicht gegenüberstellen, da sie verschieden sind. Aber man kann entscheiden, ob man dafür oder dagegen ist. Es wurden Fragen gestellt und Antworten erteilt und ich denke, alle Anwesenden sind fähig, über diese Anträge hintereinander abstimmen zu können. Ist das ok für Dich?

Keller Anna, Grüne: Mir ist wichtig zu sagen, dass es sich um Anträge handelt, die sich ergänzen könnten und sich nicht ausschliessen.

## **Abstimmungen**

Der Antrag der Grünen

*Die Gemeinderäte werden bei einem Teilamt des Gemeindeammanns für die entstehende Mehrbelastung mit einem Zusatzhonorar entgolten. Der Gemeinderat unterbreitet dem Einwohnerrat die entstehenden Kosten zusammen mit den erforderlichen zusätzlichen Stellen für die Neustrukturierung der Führungs- und Verwaltungsorganisation.*

wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der GPK

*Der Gemeinderat wird verpflichtet, bis spätestens Ende Juli 2009 die Struktur der Führungs- und Verwaltungsorganisation zu erarbeiten, dem Einwohnerrat zur Kenntnis zu bringen und die erforderlichen zusätzlichen Stellen zu beantragen.*

wird mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt (Stimmenverhältnis 19 zu 19).

## **Detailberatung des Reglements zur Regelung der Anstellungsverhältnisse des Gemeindeammanns der Gemeinde Wohlen**

Benz Guido, CVP: Betreffend § 6 „Übernahme und Entschädigung von Nebenämtern“. Was bedeutet dieser Paragraph? Weiter bin ich dagegen, dass Entschädigungen zugunsten des Amtsinhabers gehen. Ich bin dafür, dass auch bei Gemeinderäten die Entschädigung, z.B. IBW-Verwaltungsrat, nicht an diese gehen sollen, sondern mit dem Gemeinderatssalär abgegolten sind.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Nehmen wir als Beispiel ein Grossratsmandat: Es wäre für den Gemeinderat nicht nachvollziehbar, dass bei einer 60 %-Anstellung die Person in den übrigen 40 % am Dienstag nach Aarau fährt und das Geld der Gemeinde abgeben muss. Dies hemmt auch die Motivation, zusätzliche Ämter zu besetzen. Wir sind überzeugt, dass man mit den 60 % (CHF 9'800/Monat) nebenbei ein Mandat ausüben und Lohn dafür einfordern darf.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir müssen zwei Dinge sauber trennen. Im § 6 geht es um Entschädigungen im Zusammenhang mit dem Gemeindeammannamt und nicht um andere Entschädigungen, wie wenn jemand z.B. Grossrat wird. Bitte bringen Sie dies nicht durcheinander. Hier geht es darum, was Guido Benz angesprochen hat, ganz konkret nämlich um die Entschädigung eines Gemeindeammanns, der z.B. im Verwaltungsrat der IBW sitzt oder zusätzlich noch Präsident ist.

Zum § 6 möchte ich einen neuen 2. Satz vorschlagen, der den ersten Satz ersetzen würde: Alle Entschädigungen werden auf total CHF 10'000 limitiert. Die übrigen Entschädigungen gehen in die Gemeindekasse.

Begründung: Wir müssen der Realität ins Auge sehen. Es geht um einen möglichen Zusatzlohn, z.B. im Bereich der IBW, der mit Nebenkosten CHF 20'000 bis CHF 30'000 betragen kann. Es darf nicht sein, dass man das Pensum auf 60 % festsetzt und mit dem Nebenamt als Gemeindeammann schlussendlich wieder das Salär erreicht, wie mit 100 %. Es gibt noch mehrere Mandate, bspw. die Bahn usw. Aus diesem Grunde schlage ich die CHF 10'000 vor. Im Übrigen ist das für ein IBW-Verwaltungsratsmandat genug. Das wäre auch für die heutigen Verwaltungsräte genug. Aus diesem Grund wäre es für den Gemeindeammann, der bereits CHF 10'000/Monat verdient, genug. Deshalb möchte ich Ihnen beliebt machen, meinen Antrag zu unterstützen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir möchten den Antrag zurückweisen. Nochmals: Wir haben in der Argumentation mitgeteilt, dass wir das Kandidatenfeld öffnen und die flexiblen Gestaltungen möglich machen möchten. Es darf nicht sein, dass jemand, der ein 60%-Pensum ausübt, in einem zusätzlich übernommenen Amt eingeengt wird. Wir bitten Sie, den Antrag zurückzuweisen.

Thiébaud Alain, GLP: Ich befinde mich ein wenig im Dilemma. Einerseits wäre es mir klar, dass Entschädigungen von Ämtern, die ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Gemeinderatsamt stehen, auch beschränkt würden. Wenn man nur ein Amt erhält, weil man Gemeindeammann ist, steht dies logischerweise im Zusammenhang. Der Antrag von Jean-Pierre Gallati hat durchaus seine Berechtigung. Ich bin aber nicht sicher, ob man § 6 in der Auslegung so deuten kann, dass er nur Nebenämter in einem sehr engen Zusammenhang mit dem Gemeinderatsamt umfasst. Erfasst er generell Nebentätigkeiten? Eine Beschränkung wäre hier nicht angebracht. Falls ich dem zustimme, heisst das auch, dass weitere Nebentätigkeiten, die dem Gemeindeammannamt weiter entfernt sind, ausgeschlossen sind.

Benz Guido, CVP: Hier heisst es ausdrücklich: „... , welche im Zusammenhang mit dem Gemeindeammannamt erfolgen“. Das sind für mich Aufgaben, von denen erwartet wird, dass der Gemeindeammann diese erfüllt. Das muss in seinem Zeitbudget Platz finden. Er wird entlohnt und es ist für mich nicht begreiflich, warum ein Ertrag in seine Kasse gehen sollte. Der Vorschlag von Jean-Pierre Gallati wird in Zürich ebenfalls praktiziert. Mit einer fixen Summe - CHF 10'000 ist etwas hoch - könnte ich mich anfreunden. Diese Formulierung spricht eine doppelte Bezahlung und dies unterstütze ich nicht.

Stäger Urs, SVP: Ich möchte Ihnen beliebt machen, den Antrag von Jean-Pierre Gallati zu unterstützen. Selbstverständlich steht es einem Gemeindeammann im Teilamt frei, in der Industrie oder Gewerbe Aufträge anzunehmen und das betrifft diese Regelung nicht. Es geht nur um Ämter, in die er in seiner Eigenschaft als Gemeindeammann hinein gewählt wird.

## **Abstimmung**

Dem Antrag der SVP

*§6 Absatz 2: Alle Entschädigungen werden auf max. Fr. 10'000 limitiert. Die übrigen Entschädigungen gehen in die Gemeindekasse.*

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen zugestimmt.

Benz Guido, CVP: Es gibt einen Grundsatz. Ich bin der Überzeugung, dass für eine Gemeinde wie Wohlen ein vollamtlicher Gemeindeammann die richtige Lösung ist. Man kann über Alternativen nachdenken. Diese sind aber seriös abzuklären und durchzudenken, was meines Erachtens beim Antrag des Gemeinderates überhaupt nicht der Fall ist. Ich akzeptiere allerdings dessen Argument, dass die Zeit dafür sehr knapp war. Unter diesen Umständen wäre besser auf Antragstellung verzichtet worden. Für mich gibt es sechs Schwächen, ich möchte nur 2, 3 erwähnen.

Eine Reorganisation wird missbraucht, um eine personelle Frage zu lösen. Das gelingt fast nie, vermutlich auch in unserem Fall nicht. Walter Dubler wird bestimmt kandidieren, ob Voll- oder Teilamt. Wenn Probleme existieren, werden diese auch in Zukunft präsent sein. Über personelle Besetzungen ist nicht auf organisatorischem Weg zu entscheiden. Dafür sind Wahlen, die Stimmbürger haben zu entscheiden und die Parteien müssen valable Kandidaten vorschlagen. Im Übrigen: Dem zukünftigen Gemeindeammann wird kein Ressort mehr zugeteilt. Seine Aufgaben werden umschrieben mit „Vorstehen, Koordination, Vertretung nach aussen“. Die Kernaufgabe, Vorreiter für die strategische Führung der Gemeinde zu sein, wird nirgends erwähnt. In dieser weist der jetzige Gemeindeammann klare Schwächen auf. Im Weiteren wird eine mehr als vage Organisation vorgestellt. Eine Organisation ohne operativen Chef. Wenn der Gemeinderat an die Etablierung eines Verwaltungsdirektors, als integrierender Bestandteil des Konzeptes, denkt, hätte das in der Vorlage enthalten sein müssen. Auch geht man davon aus, dass eine haarscharfe Trennung von strategischer und operativer Führung möglich ist. In der Politik ist die Grauzone recht breit, nicht wie in der Wirtschaftswelt. Solange sich der Einwohnerrat für Fotokopierer interessiert und die Gemeinderäte für das Geschehen in der Verwaltung verantwortlich gemacht werden, ist ein vollständiger Rückzug aus der Verwaltung illusorisch. Es ist aber sehr gut möglich, dass sich das operative Engagement der Gemeinderäte reduzieren lässt. Vorerst sind Voraussetzungen zu schaffen, wie sie in der Verwaltungsstudie skizziert sind. Eine im Raum stehende Behauptung, dass die Schwächung von Wohlen während den letzten 20 Jahren dem Vollamt zuzuschreiben sei, ist völlig verfehlt. Externe Faktoren haben ebenfalls dazu beigetragen. Vor allem die Führungsleute, das heisst der Gemeinderat, ist dafür verantwortlich und nicht das System. Egal ob Voll- oder Teilamt – die richtige Person ist entscheidend. Es ist bspw. Pflicht eines Gemeinderates zu korrigieren, wenn ein Mitglied seinen Aufgaben nicht gerecht wird. Insgesamt erachte ich den Antrag des Gemeinderates als noch nicht diskutierbare Alternative zum Vollamt. Führungsprobleme werden nicht gelöst. Die Lösung ist, gute Gemeinderatskandidaten zu nominieren und das Volk entscheiden zu lassen. Ich befürworte ein Vollamt. Die Meinung der OBT ist für mich nicht entscheidend, aber eine Bestätigung meiner Ansicht.

Siebenmann Johannes, EVP: Für mich hat sich die Frage gestellt, ob der Antrag mehr problemgetrieben oder mehr visionsgeleitet ist. Aus meiner Sicht ist er beides und diese Verknüpfung macht es schwierig. Es gibt Nöte im Gemeinderat bezüglich Wille und Umgang, es herrscht ein Machtkampf. Nun, aus Not mach Tugend. Es wird ein 60 %-Pensum angestrebt, um das Machtproblem zu lösen und eine Chance zu schaffen. Das ist problematisch. Meines Wissens verfügen wir nicht über valable Gegenkandidaten zu Walter Dubler. Man hat nun eine Vision und sagt, bei 60 % hat man mehr. Gerüchten zufolge würden sich 2 Gemeinderäte bei einem Teilpensum zur Verfügung stellen. Das sei bei einem entsprechenden Antrag des Gemeinderates kritisch zu begutachten. Eigeninteresse? Transparenz ist gefragt. Ich bin klar der Meinung, dass nicht für alles, was in Wohlen schlecht gelaufen ist, Walter Dubler verantwortlich gemacht werden kann. Das ist nicht fair. Fakt ist jedoch, dass wir ein Führungsdefizit aufweisen. Wir haben eine Vertrauenskrise, zu der Walter Dubler seinen Teil beigetragen hat. Eine Lösung zur derzeitigen Problematik im Gemeinderat kenne ich keine. Ev. Rücktritte von einigen Gemeinderäten, keine Wiederwahl von Walter Dubler. Eine Bereinigung scheint mir die bessere Voraussetzung zu sein für allfällige Visionen als die momentane Situation. Diese macht uns betroffen. Über die Zukunft von

Wohlen müsste tiefgründiger diskutiert werden, als dies heute möglich ist. Ich werde dem Antrag nicht zustimmen.

Thiébaud Alain, GLP: Ich werde dem Bericht und Antrag zustimmen. Als abtretender Einwohnerrat kann ich mich etwas freier äussern. Persönlich habe ich nichts gegen Walter Dubler, dafür kenne ich ihn auch zuwenig. Ich habe auch keine politischen Gründe, dem Ganzen zuzustimmen. Für mich geht's um Basics. Die Verwaltungsführung und Ausführung der Aufträge, die wir hier dem Gemeinderat erteilen, sind absolut zentral. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Einwohnerrat-Gemeinderat und Gemeinderat-diverse Interessengruppen, muss gewährleistet sein. Personell und strukturell wird dies zur Zeit nicht erfüllt. Ehrliche Informationsflüsse sind zu gewährleisten. In den letzten Jahren hat für mich der Einwohnerrat auch nicht immer als Vorbild gewirkt. Fehlt der Respekt, ist auch ein Widerstandsrecht gegeben, welches wir auch durch in Anspruchnahme von unkonventionellen Mitteln ausdrücken und bewerkstelligen dürfen. Ich habe mich häufig in der Arbeit mit Walter Dubler oder dem Gemeinderat abgeschoben gefühlt. Ich finde, dann darf man sich wehren. Insgesamt ist für mich der gewonnene Eindruck der politischen Tätigkeit geprägt vom neubenannten „Freiämter-Syndrom“. Ein Fehlverhältnis der gehobenen Gesellschaft gegenüber Neuankömmlingen, Unerfahrenen, Jungen und gegenüber neuen Ideen. Es findet keine Offenheit zu Neuem statt. Es ist ein kritisches Beäugen, ein „ins Leere laufen“. Innovationen bleiben auf der Strecke. Junge können sich nicht richtig entfalten. Das stimmt mich für die Zukunft unserer Gemeinde äusserst nachdenklich. Für mich ist die Zustimmung zu Bericht und Antrag ein klares Zeichen, den Ist-Zustand nicht zu akzeptieren.

Meier Maja, Freis Wohle: Ich möchte etwas sagen bezüglich Berichterstattung in den Medien. Ich habe sie als einseitig, schon fast unseriös empfunden, nämlich wenn bspw. von Fr. 300'000 für neue Stellen geschrieben wird.

Meiner Meinung nach ist es nicht die Aufgabe der Zeitungen, über Mehrkosten zu spekulieren. Es sind Fakten auf den Tisch zu legen und diese will der Gemeinderat so schnell wie möglich erarbeiten, sofern er das politische Zeichen erhält!

Die OBT stellt auf Seite 8 in ihrem Bericht ein Konzept vor, „GA im Halbamt“, bei dem ein Verwaltungsdirektor eingesetzt wird, der auch als Personalchef amtiert. Das oder ähnliche Modelle findet man in andern vergleichbaren Gemeinden, das bestätigt auch die OBT, und sie funktionieren gut. Deshalb glaube ich nicht, dass neben einer Geschäftsleitung noch ein Vollamt nötig ist.

Weiter wurde in der Presse das Thema „Teilamt“ oft auf die Aussage reduziert, es gehe nur gegen den Gemeindeammann.

Es ist auch von illustren Arbeitsgruppen die Rede! Es ist doch interessant, dass das Thema "Teilamt" seit Jahren immer wieder aufflackert. So wie zum Beispiel auch in der Projektgruppe „Personalreglement 2003“, die von der Presse vergessen wurde! In dieser Arbeitsgruppe wurde diskutiert, ob „vollamtlich“ beim Gemeindeammann gestrichen werden soll. Das hätte auch einen „teilamtlichen Weg“ offen gelassen!

An der Sitzung vom 14. Januar 2004 aber ist beschlossen worden, „vollamtlich“ beim Gemeindeammann nicht zu streichen! Brisant an dieser Sache ist, dass der Entscheid sehr knapp ausfiel! Der jetzige Amtsinhaber hat nämlich den Stichtscheid gegeben und mind. einer von 2 anwesenden Abteilungsleitern hat sich der Stimme enthalten! Für mich ein deutliches Zeichen! Im Nachhinein frage ich mich auch, ob dies überhaupt rechtens war, dass der Stelleninhaber über sein eigenes Pensum abstimmen, ja sogar den Stichtscheid geben durfte!?

Zu einer weiteren Aussage in der Presse:

Es ist für mich absolut nachvollziehbar, wenn eine ehemalige Einwohnerrätin, jetzt Gemeinderätin, eine andere Struktur fordert! Schliesslich darf man auch weiser werden! Ich finde es gut, dass 5 Gemeinderäte nach unzähligen Diskussionen in Arbeitsgruppen und einem Bericht von Martin Hitz, bereits aus dem Jahre 2000, jetzt das Thema Teilamt wieder aufgenommen haben. Ich vertraue der Mehrheit des Gemeinderates, der Praxisarbeit von Martin Hitz, den Mitarbeitern in der Verwaltung, die den Strukturwechsel unterstützen und werde deshalb mit Überzeugung „JA“ stimmen für ein neues Modell, einen neuen Weg, zum Wohle von Wohlen!

Riedi Adrian, Grüne: Ich bin für den Bericht und Antrag. Dies aus einem Grund: Ich bin seit 8 Jahren in Wohlen und bin der Meinung, eine Veränderung ist angebracht. Das Teilamt sehe ich als zusätzliche Chance.

Gfeller Konrad, Präsident: Es liegt ein Antrag der EVP und Freis Wohle auf geheime Abstimmung vor. Ich lese die Begründung vor: „Der Entscheid betrifft auch die Person Walter Dubler, mit der alle anwesenden Einwohnerräte in einer gewissen Beziehung stehen. Der Antrag auf geheime Abstimmung erfolgt insbesondere in Rücksichtnahme auf diejenigen Einwohnerräte, die nur bei geheimer Abstimmung ihre wahre Meinung kundtun können.“

Gregor Ariane, CVP: Ich stehe zu meiner Meinung und kann diese offen kundtun. Wir stehen gegenüber dem Stimmvolk in der Verantwortung und eine geheime Mission ist dem Einwohnerrat nicht würdig.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die geheime Abstimmung ganz alleine, nicht nur in diesem Fall, gewährleistet, dass der richtige, unverfälschte Wille zum Ausdruck kommt. Vor allem wenn die Anwesenden hier unter Beobachtung stehen, stehen sie unter Druck. Es ist am Schönsten, wenn man geheim abstimmen kann, dann kommt der Wille des Rates zum Vorschein. Es geht hier nicht darum, dass sich jemand versteckt. Ich kann Ihnen gleich mitteilen, die einstimmige SVP-Fraktion unterstützt den Bericht und Antrag und wird dies auch schriftlich bestätigen. Aber geben Sie allen Personen hier, die etwas weniger frei sind als die SVP, die Chance, ihren unverfälschten Willen preiszugeben.

Keller Anna, Grüne: Ich habe ebenso wenig Mühe wie die SVP, offen zu meiner Meinung zu stehen. Ursprünglich habe ich dem Teilamt zugestimmt, allerdings mit dem Zusatzantrag der GPK. Da dieser abgelehnt worden ist, kann ich nicht mehr dazu stehen.

Donat Ruedi, CVP: Wir haben so gesprochen, als ob es sich um ein „Sachgeschäft“ handelt. Ich gehe davon aus, dass man bei einem Sachgeschäft frei abstimmen kann.

Tanner Peter, SVP: Erinnern Sie sich an unsere Fraktionsmeinung? Wir haben ausdrücklich gesagt, es gebe unter den Anwesenden Leute, Gewerbebetreibende, Einwohnerräte, die im Lohn der Gemeinde stehen. Diese können schlichtweg nicht frei entscheiden. Ich bitte Sie, dem Antrag auf geheime Abstimmung zuzustimmen.

## **Abstimmung**

Dem Antrag auf geheime Abstimmung wird mit 24 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

Gfeller Konrad, Präsident: Ich weiss, der Präsident sollte sich nicht im Rat in die Diskussionen einlassen. Doch auch ich, als Bürger und Einwohner von Wohlen, habe eine Meinung. Ganz speziell für diesen Bericht und Antrag sehe ich es als ausserordentlich notwendig,

dass ich als Präsident diesbezüglich ein paar Worte an Sie richte. Nach meinem Votum werden wir unmittelbar die Abstimmung vornehmen.

Wir haben im letzten Jahr einen Kredit gesprochen für eine fachlich kompetente Abklärung, ob das Amt „Gemeindeammann“ in Zukunft weiter als Vollamt oder im Teilamt ausgeübt werden soll.

Dafür wurde die Firma OBT durch den Gemeinderat beauftragt. Eine Firma, welche das nötige Fachwissen, die nötige Erfahrung und die nötige Fachkompetenz bestens ausweist. Die Firma OBT kam in ihrem Bericht ganz klar zum Schluss, dass das Vollamt in Bezug auf die Zukunftsentwicklungen unserer Gemeinde nach wie vor die richtige und beste Wahl ist. Wohlen will sich vorwärts entwickeln und diverse Aufgaben wie Masterplan, Zonenplan, Verkehrsplanung sind in vollem Gange. Dazu hat sich das Parlament positiv zur Stadternennung ausgesprochen. Über das entstandene Referendum werden unsere Stimmberechtigten endgültig abstimmen.

Dieser positive Vorwärtsdrang und der daraus voraussehbare Arbeitsaufwand sprechen logischerweise für das bestehende Vollamt.

Natürlich kann man über ein Teilamt diskutieren, das ist legitim. Doch um ein Teilamt einzuführen, bedarf es mehr Vorarbeit und gegenseitige Grundsatzdiskussionen. Mit der heutigen Vorlage wurde diesem unabdingbaren Bedürfnis eindeutig zu wenig Rechnung getragen.

Im Bericht der OBT wird nur dann ein Teilamt empfohlen, wenn zugleich die Stelle eines Verwaltungsdirektors geschaffen wird. Diese Forderung ist auch nachvollziehbar und demzufolge unerlässlich. Diese Stelle des Verwaltungsdirektors wird jedoch im Antrag des Berichtes weder erwähnt, geschweige überhaupt gefordert.

Diese Vorlage entspricht somit nicht im Geringsten dem fachkundigen sowie fachkompetenten Bericht der OBT. Der Gemeinderat hat entgegen den Empfehlungen der OBT eine Vorlage ausgearbeitet, welche unserer Gemeinde auf keine Art und Weise dienlich sein wird.

Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, so haben Sie bloss ein Teilamt geschaffen. Es ist nirgends aufgezeigt, wie diese Strukturänderungen vollzogen werden sollen, was diese Änderung für Folgekosten nach sich zieht, und wie die Struktur für den zukünftigen Gemeinderat und die Verwaltung aussehen wird. Man kann sagen, wir starten zu einem Blindflug.

Doch bei dieser Vorlage ist es von grösster Bedeutung, wie das ganze zu Ende gedacht ist und auch vollzogen werden kann. Meine Damen und Herren, jetzt einfach so ein Teilamt gut zu heissen, hätte für unsere Gemeinschaft, sowie für das Ansehen von Wohlen, gravierende Folgen. Das Stimmvolk hat kein Verständnis für diese Vorgehensweise und kann das schlicht und einfach nicht nachvollziehen.

Sehr geehrter Gemeinderat, der von Ihnen durch diesen Bericht und Antrag ausgesendete Hilferuf ist ernst zu nehmen, sehr sogar. Doch leider kommt er reichlich spät. Und genau aus diesem Grund rechtfertigt dieser Hilferuf diesen Start zum Blindflug in keiner Art und Weise. Das Hauptproblem des Gemeinderates liegt wo anders und kann nicht mit einer Strukturänderung einfach so aus der Welt geschaffen werden. Hier ist der Gemeinderat grundsätzlich selber gefordert und verantwortlich.

Ich bitte Sie, bei der Abstimmung meine Überlegungen in Ihren Entscheid nochmals einfließen zu lassen.

*Die Stimmzettel werden verteilt.*

Gallati Jean-Pierre, SVP: Das Votum des Einwohnerratspräsidenten empfindet unsere Fraktion als unerhörter Versuch einer Gehirnwäsche. Wir sind alle in der Lage, die Vorlage selber beurteilen zu können. Wer aus der Bevölkerung nicht einverstanden ist mit dieser Vorlage, wie es der Präsident befürchtet, kann das Referendum durch Unterschriftensammlung ergreifen und es wird zu einer Urnenabstimmung kommen. Anschliessend wissen wir, was die Bevölkerung will.

*Die Stimmzettel werden eingesammelt.*

Gregor Ariane, CVP: Wir haben festgestellt, dass im Antrag des Gemeinderates nur unter Punkt 7 „Referendum“ erwähnt ist, dass das Volk mitentscheiden kann. Es ist nicht im Antrag erwähnt und ich stelle hiermit den Antrag, dass über die gesamte Vorlage das Volk zu entscheiden hat.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Dem Bericht und Antrag kann entnommen werden, dass der Gemeinderat dies dem Volk unterbreiten möchte. Bei der Behandlung dieses Geschäftes war der Gemeinderat der Ansicht, dass das Volk dazumal dem Vollamt zugestimmt hätte. Es ist richtig, dass im Antrag vor 20 Jahren zur Volksabstimmung die wiederkehrenden Kosten enthalten waren. Die Limite wurde überschritten. Aus diesem Grunde wurde damals eine Volksabstimmung durchgeführt. Heute ist der Gemeinderat der Ansicht, man müsse das Rückgängigmachen des Vollamtes politisch gesehen wieder dem Volk unterbreiten.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Der Rat ist heute frei, zu entscheiden, ob er eine Volksabstimmung fordert betreffend Beschluss „Einführung Teilamt“. Er muss nicht. Der Gemeinderat versuchte zuerst darzustellen, als ob es ein obligatorisches Referendum gibt, wird's aber bestimmt nicht geben. Was passiert, wenn wir im Mai am selben Tag, im gleichen Urnengang, über die Einführung zur Stadt einerseits, was die linkssozialistische Mehrheit des Einwohnerrates fordert, und über die Einführung des Teilamtes andererseits, abstimmen? Wir von der SVP freuen uns auf diesen Tag, das wird eine schöne Volksabstimmung geben, suchen aber diese nicht unbedingt. Wir würden uns auch freuen, wenn diejenigen, die das Teilamt ablehnen und so stark hinter dem Vollamt stehen, wie der Herr Einwohnerratspräsident, selber Unterschriften sammeln würden für ihre Auffassung und für ihr Recht, eine Volksabstimmung durchführen zu können. Wir wünschten ihnen viel Erfolg auf diesem Weg zu den nötigen 789 Unterschriften. Ich bin mir nicht sicher, ob die Bögen voll wären. Abschliessend möchte ich Ihnen nochmals empfehlen, den Antrag auf Volksabstimmung abzulehnen und gebe das Wort zurück an den Präsidenten oder ev. direkt der FDP-Fraktion.

Benz Guido, CVP: Ich bin sehr erstaunt, dass wir nun über etwas, das viel wichtiger ist, als so manche Volksabstimmung zuvor, selber entscheiden sollen. Ich finde auch den Antrag des Gemeinderates nicht ganz fair. Man hat einen entsprechenden Antrag erwartet. Wir haben diesen nun mündlich gehört. Ich bin der Meinung, eine solche Frage soll vom Volk beantwortet werden.

Hübscher Bertha, EVP: Ich möchte mich Matthias Jauslin anschliessen. Heute ist die Volksabstimmung nicht mehr nötig, es entstehen ja keine Mehrkosten. Ich werde nicht zustimmen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Wenn wir den Antrag auf Volksabstimmung ablehnen, kommt eine solche trotzdem zustande?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wenn dem Antrag auf Volksabstimmung nicht zugestimmt wird, wird nicht das obligatorische Referendum gelten, aber Sie haben die demokratischen Möglichkeiten zur Unterschriftensammlung und eine Volksabstimmung kann erzwungen werden.

Bächer Andy, CVP: Ich möchte vom Gemeinderat hören, ob er bereit ist, den Beschluss ohne Antrag dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Tanner Peter, SVP: Erinnern Sie sich? Für mich ging es im Jahre 2001 um eine sehr ernste Angelegenheit, wo wir eine sagenhafte Mehrheit zum Kauf des Isler-Areals zwecks Eigennutzung erhielten. Der Gemeinderat wäre verpflichtet gewesen, dies umzusetzen. Er hat dies in Eigenregie abgeändert, forderte keine Volksbefragung mehr und wollte verkaufen. Ich habe hier den Antrag auf automatische Volksbefragung gestellt, was abgelehnt wurde. Dasselbe wird hier versucht. Seien Sie bitte ehrlich mit sich selber. Führen Sie die Volksbefragung nur durch Unterschriftensammlung durch und nicht mittels obligatorischem Referendum.

Fricker Matthias, CVP: Peter Tanner, wenn ich mich richtig erinnere, handelte es sich bei Deiner Unterschriftensammlung um eine Initiative und nicht um ein Referendum. Es bestand kein Einwohnerratsbeschluss, der dem Behördenreferendum hätte unterstellt werden können.

Tanner Peter, SVP: Im Einwohnerrat wurde diskutiert, das Geschäft dem Volk zu unterbreiten und wurde abgelehnt von Euch.

## **Abstimmung**

Der Antrag von Ariane Gregor, CVP,

*Der Beschluss über Bericht und Antrag 11144 sei gemäss §8 Abs. 1 Gemeindeordnung dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.*

wird mehrheitlich abgelehnt.

## **Geheime Abstimmung (Gesamtabstimmung)**

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Der Volksbeschluss vom 4. Juni 1989 betreffend Einführung des Vollamts für das Gemeindeammannamt sei per 1.1.2010 aufzuheben.*
2. *Für das Gemeindeammannamt sei ab 1.1.2010 das Teilamt einzuführen. Das Pensum sei vom Einwohnerrat im Reglement zur Regelung der Anstellungsverhältnisse des Gemeindeammanns der Gemeinde Wohlen festzulegen.*
3. *Das geänderte Reglement zur Regelung der Anstellungsverhältnisse des Gemeindeammanns der Gemeinde Wohlen sei zu genehmigen und auf den 1.1.2010 in Kraft zu setzen.*

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

**Dringliches Postulat 11146 betr. betr. Etablierung einer zukunftsgerichteten Kultur der Langfristplanung für die Gemeinde Wohlen**

Külling Harold, Vizeammann: Ich bitte Sie das Postulat abzulehnen. Die Aufträge und die damit verbundenen Aufgaben (Erstellung Budget, Finanzplan) werden wir im Gemeinderat vorbereiten. Es ist nicht angebracht, wenn zu einzelnen Punkten detaillierte Aussagen verlangt werden. Es ist eine Zumutung. Die Vorbereitungszeit war viel zu kurz.

Benz Guido, CVP: Der Gemeinderat wird mit dem Postulat aufgefordert, diese Themen in Zukunft bei der Erstellung der Rechnung sowie bei den Planungen zu berücksichtigen. Kein Einwohnerrat wird an dieser Notwendigkeit zweifeln. Ich habe von einer Aussage gehört, diese Anforderungen überforderten die Verwaltung, vor allem auch zeitlich. Ich verstehe diese Aussage überhaupt nicht: Das sind für mich alles „Selbstverständlichkeiten“, die ins Pflichtenheft eines Gemeinderates bzw. einer Gemeindeverwaltung gehören. Ich habe aber schon darauf hingewiesen: Man kann keine Wunder erwarten, die Etablierung einer guten Langfristplanung braucht Zeit, wie erwähnt vielleicht 2 - 3 Jahre. Für klar sichtbare erste Schritte ist es aber höchste Zeit.

Und noch eine letzte Bemerkung: Dass der Gemeinderat kein Legislaturprogramm vorgelegt hat, steht meiner Meinung nicht zuletzt auch damit im Zusammenhang, dass die notwendigen Grundlagen für ein seriöses Legislaturprogramm fehlen. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Postulat zuzustimmen.

Stäger Urs, SVP: Ich finde es keine Zumutung. Diese Forderungen sind seit mindestens 3 Jahren bekannt, aber man hat der Fiko nicht zugehört! Man sagt, Wohlen werde transparent geführt. Wieso erfahren wir dann bspw. den Steuerertrag nicht? Sämtliche umliegende Gemeinden haben diesen veröffentlicht. Ein Sparprogramm ist nun dringend nötig. Diese Anregung habe ich bereits vor 3 Jahren an einer Gemeinderatssitzung vorgebracht, wurde jedoch belächelt. Die Fiko wird immer nur dann erwähnt, wenn es dem Gemeinderat passt. Stellt die Fiko Forderungen, die dem Gemeinderat nicht passen, werden diese nicht mehr diskutiert. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Meier Maja, Freis Wohle: Wir unterstützen das Postulat. Uns ist eine Langfristplanung wichtig. Der Finanzplan deckt nur Teilaspekte ab. Zielsetzungen müssen kontrolliert werden. Das Immobilienmanagement ist ganz wichtig und darf nicht auf später vertagt werden. Beeinflussbare Ausgaben müssen überprüft und die Ergebnisse kommuniziert werden. Diese Instrumente helfen uns, die Probleme in den Griff zu bekommen. Transparenz und Vertrauen sind für uns von enormer Bedeutung.

Perroud Arsène, SP: Unsere Fraktion hat das Postulat an der letzten Sitzung behandelt. Wir sind inhaltlich damit einverstanden und befürworten eine Überweisung. Wir verstehen allerdings die Hektik nicht, wenn von einer Langfristplanung gesprochen wird. Der Gemeinderat hat lange Zeit, um dies umzusetzen und für mich ist die Dringlichkeitserklärung eine Zwängerei, dies vom Einwohnerrat „durchzuwürgen“. Die ausweichenden Aussagen des Gemeinderates sind eine logische Schlussfolgerung.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Heute ist offenbar nicht der Abend des Einwohnerratspräsidiums, wenn der Vizepräsident uns als Zwänger bezeichnet. Wir nehmen dies aber zur Kenntnis. Eine Zumutung ist, dass das Legislaturprogramm drei Jahre auf sich warten liess und wir 3-4 Vorstösse schreiben mussten, bis nur schon eine Mikroversion vorhanden war. Der Name „Legislaturprogramm“ ist nicht verdient. Das zweite, das ich nicht verstehe: Wenn der Gemeindeammann zu Beginn der Sitzung sagt, der Gemeinderat hatte keine Zeit, den Vor-

stoss so kurzfristig zu beurteilen und der Vizeammann uns daraufhin vorwirft, der Vorstoss stelle eine Zumutung dar. Mir scheint, als ob der Gemeinderat dazu eine dezidierte Meinung gefasst hat. Offenbar hatte er genügend Zeit, sonst würde der Gemeinderat hier nicht so austeilen. Ich empfehle Ihnen, den Vorstoss zu überweisen. Es handelt sich um eine gute Sache.

Külling Harold, Vizeammann: Selbstverständlich können Sie mit dem Vorstoss machen, was Sie wollen. Gegen einen Punkt muss ich mich aber wehren. Wir publizieren den Steuerertrag! Das Ergebnis kommt zusammen mit der Rechnung. Der Abschluss wurde uns nun übermittelt und wird nächste Woche im Gemeinderat besprochen. Danach folgt der Rechnungsabschluss und alle Zahlen sind transparent zu entnehmen. Zweitens: Man spricht von einem Sparprogramm, den Unterlagen ist diesbezüglich aber nichts zu entnehmen? Gegen den Vorwurf der fehlenden Transparenz muss ich mich wehren.

Benz Guido, CVP: Beim Sparprogramm geht es darum, dass Ausgabenreduktionen immer ein Thema sein sollen. Ich glaube nicht, dass grosse Beträge vorzufinden sind. Der Gemeinderat soll mit jedem Voranschlag diese Überlegungen machen und so mögliche Einsparungen vorfinden. Es soll auch kommuniziert werden, wenn keine Einsparungen gefunden wurden. Für mich ist ganz wichtig, dass das Thema immer wieder behandelt wird.

Bertschi Bruno, SVP: Ich komme auf die Aussage von Herrn Külling zurück. Früher bekam man ca. im Februar den Steuerertrag zu wissen und etwas später folgte die Rechnung. Walter Dubler hat es innerhalb der Gemeindeammännerversammlung fertig gebracht, den Steuerertrag erst zusammen mit dem Abschluss weiterzugeben. Das ist für den Gemeinderat Transparenz.

Thiébaud Alain, GLP: Ich fände es vom Gemeinderat angezeigt, den inneren Widerstand gegen solche Planungsinstrumente aufzugeben. So kann auch glaubwürdiger und besser gegenüber dem Einwohnerrat kommuniziert werden, wenn ein unterbreiteter Vorschlag nicht ganz so umsetzbar ist.

Stäger Urs, SVP: Unter Punkt 5 „Planung von Ausgabenreduktion im Voranschlag, ev. Finanzplanung“. Unser Nachbar hat 3,1 Millionen Überschuss, ist finanziell gesund und gleist ein Sparprogramm auf...

Külling Harold, Vizeammann: Wenn der Gemeinderat über das Budget berätet, ist das jeweils sehr mühsam. Jede Position wird einzeln besprochen und nach Sparpotential abgesehen. Wir geben vorgängig Vorgaben und prüfen den ersten Entwurf danach. Bitte nehmt dies zur Kenntnis!

## **Abstimmung**

Das Postulat 11146 betr.

*Der Gemeinderat berücksichtigt und integriert in Zukunft bei der Erstellung der Rechnung sowie bei der Planung, Voranschlag und Finanzplanung die Themen, wie sie unter Punkt 2 skizziert sind.*

wird grossmehrheitlich überwiesen.

Gregor Ariane, CVP: Ich möchte Peter Hartmann den Auftrag erteilen, dass er uns die Zettel für das Referendum zukommen lässt. Wir möchten, dass das Stimmvolk seine Meinung kundtun kann.

Gfeller Konrad, Präsident: Wie bereits angetönt, die neuen Grossräte, Jean-Pierre Gallati und Matthias Jauslin, haben uns zu einem kleinen Apéro eingeladen. Ganz herzlichen Dank!

Ich versichere Ihnen, dass die eingegangenen Anfragen bei der nächsten Sitzung an erster Stelle stehen werden!

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am 18. Mai 2009 statt. Ich wünsche Ihnen bis dahin eine gute Zeit und freue mich, sie dann wieder begrüßen zu dürfen.

*Der Präsident schliesst die Sitzung.*

### **Für das Protokoll**

Konrad Gfeller, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.